

10 **Erziehung** 2018 **und Wissenschaft**

www.gew-sachsenanhalt.net

1. Oktober 2018

K 6549

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft **Sachsen-Anhalt**

EW

Aktuell:

Für Zivilgesellschaft
Landeshauptausschuss
Für E13/A13
Tarifforderungen

Titelthema

Hochschulpolitik
für Sachsen-Anhalt:

- Hochschul-Seminar
- Hochschule Harz
im Gespräch
- Lehrerbildung in
Halle und Magdeburg
- Personalvertretung
an Hochschulen

Jugendhilfe + Sozialarbeit:

Investitionen für Kita-Qualität

*Wir tragen keine Eulen nach Athen, wenn
wir die Freiheit von Bildung besingen,
die unabhängige Wissenschaft loben,
den Mangel an Weitsicht beklagen
und den des Geldes, nach Wohl-
wollen rufen und nach sicherem Geleit,
gutes Wachstum beschwören und
reiche Ernte uns dann wünschen.*



*Und wir beten zu keinen „Göttern“.
Wir trommeln lieber laut, auf dass man
uns endlich erhört, und glauben an uns!*



Rolf Hamm
ist Mitglied
der Redaktion
von EuW.

Kommentiert: Früchte des Neoliberalismus

Chemnitz erschüttert uns alle. Der Mob beherrscht die Straße. Noch ist er unbewaffnet. Ob die sächsische Polizei schon vereinnahmt ist, lässt sich nicht sagen. Das Gleiche gilt für den Verfassungsschutz. Es sieht so aus. In Köthen ist es nicht so schlimm, aber rechte Parolen werden auch gebrüllt.

Warum? Warum nur sind Menschen so verbittert und rasten völlig aus? Und das nicht zu Hause, sondern auf der Straße. In Chemnitz und in Köthen. Der Tod zweier Deutscher durch Ausländer ist nicht die Ursache, er ist der Anlass. Gäbe es den nicht, müsste ein anderer herhalten. Es gärt. Und zwar schon lange. Als die AfD in die Parlamente einzog, haben wir die Regierenden schon einmal gefragt: Habt ihr den Schuss genau neben eurem Ohr denn nicht gehört? Sie sind offenbar taub! Ich habe die Ansprache des Pfarrers Joachim Liebig aus Dessau im Radio gehört. Ich kann jedes Wort von ihm unterschreiben, auch wenn ich Atheist bin. Er ist nicht so konkret geworden. Ich aber werde es.

Schröders Agenda 2010 hat die Republik nachhaltig verändert. Wir haben gleich 2020. Es hat gedauert, bis man deutlich sieht, was das bewirkt hat. Die über viele Jahre erfolgreiche Balance zwischen unternehmerischer Freiheit und relativer sozialer Sicherheit der Bevölkerung wurde damit aufgekündigt. Wir sind nun Wirtschaftsweltmeister und blicken mit Häme auf die Südeuropäer herab. Aber zu welchem Preis?

Die Gesellschaft zerfällt an den Rändern in Steinreiche und Perspektivlose. Aber auch die Mittelschicht erodiert. Statt Zukunftshoffnung geht Abstiegsangst um. Das Versprechen der Chancengleichheit und des sozialen Aufstiegs – wenn man sich nur Mühe gibt – gilt nicht mehr. Elementare Leistungen für eine gewisse soziale Sicherheit funktionieren nicht. Die Symptome dafür sind unübersehbar.

Das Gesundheitswesen driftet auseinander. Kassenpatienten fühlen sich nicht nur verschaukelt, sie sind es auch. Das Rentensystem ist schon lange instabil. Auf die Frage, warum da nicht alle einzahlen, gibt es keine Antworten. Stattdessen: Arbeitet gefälligst bis 70! Wer alt wird, findet sich – falls er nicht zu den Steinreichen gehört – im Pflegenotstand wieder. Den Kindern – falls nicht in elitären Privatschulen – fehlen die Lehrer massenhaft. Bildungsnotstand und Beschneidung von Zukunftschancen allenthalben. Ich komme auf den Pfarrer zurück: Die Reichen und Erfolgreichen denken nur an sich selber. Immer mehr besitzen, immer mehr Macht haben über andere. In der Hoffnung, dass „die da unten“ das schon ertragen werden. Sie ertragen es nicht. Nicht in Chemnitz und nicht in Köthen.

Den Zusammenhalt der Gesellschaft und die Verteidigung der Demokratie erreicht man nicht auf der Straße. Wer glaubt, ohne Marshallplan wäre Westdeutschland nach dem Krieg trotzdem zu einer leuchtenden Demokratie geworden, ist naiv. Wir brauchen wieder einen Plan, um Wohlstand für alle zu sichern. Vielleicht muss man dafür einige Privilegien abschaffen. Aber darunter wird niemand wirklich leiden. Unter der Agenda 2010, die jede Regierung Merkel bisher konsequent fortgesetzt hat, leidet das ganze Land und die demokratiefeindliche Rechte rückt immer weiter vor. Da hilft weder der Aufstand der Anständigen, noch der konsequente Einsatz der Zuständigen. Da hilft nur eine andere Politik.

Rolf Hamm

Inhalt

Aktuell

Kommentiert: Früchte des Neoliberalismus	2
Landeshauptausschuss: Viele Initiativen und Ideen in Vorbereitung der 8. LDK	3
Bezahlung von Grundschullehrkräften: Kekse für die überfällige Anpassung	4
Tarifrunde für die Länder 2019: Erste Vorboten der Tarifforderungen	4
Bildungsminister legt Zahlen vor: Unterrichtsversorgung erstmals unter 100 Prozent	5
Brief an den Bildungsminister: Wirkliche Probleme aufgreifen!	6
OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“: Deutschland muss mehr Geld in Bildung investieren	7
Fortbildung von Lehrkräften: Höhere Investitionen überfällig	7
Herbstseminar des VB Hochschule/Forschung/Lehrerbildung: Hochschul-, Bildungs- und Tarifpolitik in der Debatte	7

Titel-Thema: Hochschulpolitik für Sachsen-Anhalt

Hochschulpolitik für Sachsen-Anhalt: Von Pakt zu Pakt und von Projekt zu Projekt	8
Gewerkschaftliches Engagement für eine neue Hochschulpolitik: Auf der Suche nach dem richtigen Weg – Wo geht es zur „Bildungsrepublik“?	8
Hochschule Harz auf neuen Wegen: Orientierung für Studierende, Perspektiven für Beschäftigte	10
Hochschulfinanzierung: Projektmittel führen zu Unsicherheit	12
Novellierung des Personalvertretungsrechts in Sachsen-Anhalt: Was lange währt, wird nicht immer gut	12
Lehrerbildung in Sachsen-Anhalt: Rückblick – Situation – Perspektiven	14
Lehramtsausbildung an der OVGU in Magdeburg: Verlässliche Entwicklungen ermöglichen	16
Jugendhilfe + Sozialarbeit	
Studie zum Kita-Ausbau: Mehr Investitionen in Qualität notwendig	18

Resolution des Landeshauptausschusses der GEW Sachsen- „Als nächste kommen die Gewerkschaften d

Die GEW tritt für Demokratie, Sozial- und Rechtsstaatlichkeit sowie unveräußerliche Menschenrechte ein. Mit Gruppierungen und Menschen, die das gleichberechtigte Menschsein aller bestreiten, kann man nicht in den Dialog treten. Man muss zu deren Politik und Ideologie ganz klar und offensiv Gegenpositionen beziehen.

Seit Monaten greift die Alternative für Deutschland (AfD) demokratische, gegen die politische Rechte wirkende Kräfte, darunter beispielhaft den Verein „Miteinander“, mit unhaltbaren Vorwürfen bis hin zu Verbotsforderungen an. Angriffe auf die Gewerkschaften, Träger der Jugendarbeit, das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und andere Einrichtungen, Organisationen der Zivilgesellschaft stehen regelmäßig auf der Tagesordnung der AfD Sachsen-Anhalt und ihrer Landtagsfraktion. Sie erklären politische und soziale Organisationen, die sich für eine weltoffene, demokratische und couragierte Gesellschaft einsetzen, zu Gegnern. Sie verbindet ihr politisches Handeln mit offenen Drohungen gegenüber der Zivilgesellschaft. Mit einer Strategie der Kriminalisierung und Verunglimpfung „Andersdenkender“ versucht sie immer größere Spielräume für fremdenfeindliches, rechtsradikales Wirken, Hass und Gewalt in der Gesellschaft zu eröffnen. Die GEW wurde bereits mehrfach durch AfD-Politiker in ihren Reden und in den sozialen Medien zum politischen

Landeshauptausschuss:

Viele Initiativen und Ideen in Vorbereitung der 8. LDK

(EuW) Wenige Wochen vor der für den 23./24. November einberufenen 8. Landesdelegiertenkonferenz (LDK) befassten sich die Delegierten der Kreisverbände und Personengruppen im Landeshauptausschuss (LHA) mit einer Vielfalt von Themen.

Aus aktuellem Anlass verabschiedete der LHA eine Resolution zur „Verteidigung der Zivilgesellschaft“. Die Delegierten unterstrichen ihre klare Ablehnung gegen die Rechtsentwicklungen in der Gesellschaft und speziell in Sachsen-Anhalt. (→ unten)

Nach einer Einschätzung der Entwicklung des Lehrkräftepotenzials seit Beginn des Schuljahres, das die schlimmsten Befürchtungen übertraf, legte der Landesvorstand einen Beschlussentwurf mit Forderungen an die Landesregierung zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung vor. Der LHA beschloss Forderungen zur kurzfristigen Verbesserung der Personalsituation. Zentrale Punkte sind dabei: der Aufbau von freiwilligen Arbeitszeitkonten, die tarifvertraglich oder einzelvertraglich abgesichert werden müssen, die Zusage der Landesregierung, die Pflichtstunden von Lehrkräften für die Laufzeit der Konten nicht zu erhöhen, und ständige Ausschreibungen zur Einstellung in den Schuldienst des Landes. Auch frei werdende Stellen sollen sofort wieder ausgeschrieben werden. Initiativbewerbungen sind zuzulassen. Die Einstellungen sollen spätestens zwei Wochen nach Ausschreibungsschluss erfolgen.

Die GEW schlägt ein „Einstellungsportal für Lehrkräfte“ im Internet vor, in dem alle Informationen zu Ausschreibungen, Bedingungen, Terminen und Hinweisen für Bewerber*innen, insbesondere für Lehramtsstudierende, für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst und für Seiten- und Quereinsteiger zu finden sind. (→ rechts)

Im gleichen Zusammenhang steht der Beschluss, sich an der Fortführung der Volksinitiative „Den Mangel beenden! – Unseren Kindern Zukunft geben!“ weiterhin zu beteiligen.

Als ein weiteres wichtiges bildungspolitisches Thema wurde die aktuelle Entwicklung der

Schulsozialarbeit aufgegriffen. Ausgangspunkt bildete das Ende des ESF-Programms „Schulerfolg sichern“ im Jahre 2020. Der LHA beschloss, dass die GEW sich an der Gründung eines Bündnisses, das sich für eine Verstärkung der Schulsozialarbeit in Sachsen-Anhalt einsetzt, beteiligen wird.

In einem ersten Diskussionsentwurf befasste sich der LHA mit den Forderungen zur bevorstehenden Tarifrunde des öffentlichen Dienstes der Länder. Eine wichtige Rolle spielte dabei, die Schlechterstellungen im Länderbereich gegenüber dem TVöD zu überwinden. Die Delegierten konzentrierten sich besonders auf die manteltariflichen Regelungen, die z.T. seit Jahren einer Lösung harren, z.B. die Stufenzuordnung im Bezug zur Berufserfahrung, Zulagenzahlungen oder stufengleiche Aufstiege.

Besonders intensiv wurde zur Entwicklung der Entgeltordnung (Anlage A) im Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes diskutiert. Als generelle Forderung wurde ein Abschnitt zum Gesundheitsschutz eingefordert.

Zu den turnusmäßig zu fassenden Beschlüssen zur finanziellen Absicherung der Arbeit des GEW-Landesverbandes, die von einer soliden Haushaltsführung zeugen, gab es eine Reihe organisationspolitischer Regelungen in Vorbereitung der 8. LDK im November zu verabschieden.

An der Vielfalt der Themen und den darin sich widerspiegelnden gewerkschaftspolitischen Herausforderungen, so mehrere Delegierte, wurde deutlich, dass auch in der nächsten Wahlperiode viel zu tun sein wird. Dafür gelte es sich zu rüsten.

In den Forderungen des LHA an die Landesregierung zur Verbesserungen der Chancen und Bedingungen bei Einstellungen heißt es weiterhin:

- Einstellungszusage für alle Lehrkräfte, die in Sachsen-Anhalt ausgebildet werden, bis zur Gesamtnote 3, unabhängig von konkreten Ausschreibungen,
- Anerkennung aller Zeiten einer einschlägigen Berufserfahrung für die Stufenzuordnung im Rahmen von § 16, Absatz 2, Satz 4,
- Zusage, dass bei einer nicht erfolgten Verbeamtung aus gesundheitlichen Gründen eine Einstellung im Angestelltenverhältnis erfolgt,
- vereinfachte Anerkennung der Fächer bei Seiten- und Quereinsteiger*innen, Zulassung von Ein-Fach-Lehrkräften, Aufzeigen von Perspektiven für diese Kolleginnen und Kollegen (Qualifikation zur vollständig ausgebildeten Lehrkraft möglich machen),
- Generelle Verbesserungen bei Vergütung und Besoldung (A13/E13 für Grundschulen, Anpassung der Bezahlung von Schulleitungen, Vorweggewährung von Stufen, Anwärterzuschläge, Zuschläge für Beamtinnen und Beamte, die „unattraktive“ Stellen besetzen, Beförderungsstellen),
- Umsetzung des Landtagsbeschlusses vom Januar 2018 zum Umgang mit Stellen von Kolleginnen und Kollegen, die langzeiterkrankt bzw. in Elternzeit sind. Diese Stellen sollen als unbefristete Stellen zur Einstellung in den Schuldienst zusätzlich zu den normalen Ausschreibungen zur Verfügung gestellt werden.
- Gewinnung ausländischer Lehrkräfte für den Unterricht bzw. Einstellung als Sprachlehrkräfte zusätzlich zu den normalen Ausschreibungen, Schaffen von Perspektiven für diese Lehrkräfte,
- Einstellung von Verwaltungspersonal (z.B. Lehrkräfte, die nach einem amtsärztlichen Gutachten nicht mehr unterrichten dürfen, Lehrkräfte oder pädagogische Mitarbeiter*innen im Ruhestand) zur Entlastung der Schulen von entsprechenden Tätigkeiten bzw. Absprachen mit den Schulträgern zur Übernahme entsprechender Aufgaben,
- Gesundheitsmanagement, Präventionsangebote und Abbau von Belastungen für Beschäftigte an Schulen, um Krankheiten und damit weiterem Unterrichtsausfall vorzubeugen: In einem ersten Schritt soll ein Tag der Prävention in der Unterrichtszeit eingeführt werden.

Sachsen-Anhalt vom 14. Oktober 2018:

ran!“ – Angriffe auf die Zivilgesellschaft zurückweisen!

Feind erklärt. In der Auseinandersetzung um den Verein „Miteinander“ fiel der Satz „Als nächste kommen die Gewerkschaften dran!“

In der Auseinandersetzung mit rechtsradikalen und rechtsextremistischen Ideologien, Politik und Praxis verteidigt die GEW offensiv Werte, die uns als Bildungsgewerkschaft auszeichnen: Solidarität, Demokratie, Gleichheit sowie die gleichen Möglichkeiten der aktiven Teilhabe an der Gestaltung der Gesellschaft für alle. Wir fördern die regelmäßig kritische Verständigung unter unseren Mitgliedern über politische Entwicklung.

Wir unterstützen die Aufklärung und Erarbeitung von demokratischen Gegenstrategien und fördern Veranstaltungen und Publikationen, die sich mit Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und der Neuen Rechten auseinandersetzen. Wir arbeiten dabei solidarisch mit allen Akteuren der Zivilgesellschaft zusammen und unterstützen sie gegen Anfeindung und Diffamierung seitens der AfD und anderer rechtsgerichteter Gruppen.

Einstehen für demokratische Ziele bedeutet für uns als Gewerkschaft nicht, dass wir unkritisch der vergangenen und jetzigen Politik der Landes- oder Bundesregierung gegenüberstehen. Wir haben seit Jahren die Sozial-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik des Landes mit ihren katastrophalen Folgen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Kinder und Jugendlichen kritisiert.

Wir benennen dabei, im Unterschied zu den Organisationen und Parteien der Neuen Rechten, die wirklichen Ursachen und bieten Lösungsvorschläge an. Schon lange vor den populistischen und fremdenfeindlichen Schuldzuweisungen an die Bundes- und Landespolitik haben wir die Agenda-Politik kritisiert, bekämpft und auf die gesellschaftlichen Folgen der wachsenden Schere zwischen Armut vieler und Reichtum weniger hingewiesen. Wir fordern unsere Mitglieder und alle mit dieser Politik Unzufriedenen auf, in ihren Protesten und Forderungen – nicht zuletzt für bessere Bildung – nicht nachzulassen. Ein Zusammengehen mit der AfD und rechtsradikalen Kräften verbietet sich dabei grundsätzlich. Wir schüren nicht nationalistische, letztlich die Zivilgesellschaft gefährdende Ressentiments, sondern setzen uns kritisch im Interesse unserer Mitglieder auseinander.

Wir stehen für Humanität, Menschenrechte, Teilhabe und friedliches Miteinander in einer offenen und solidarischen Gesellschaft.

Wir weichen den fremdenfeindlichen, antidemokratischen und rechtsradikalen Kräften nicht aus. Wir lassen uns nicht provozieren und werden die Werte und politischen Positionen unserer Gewerkschaft verteidigen. Wir leisten als Bildungsgewerkschaft unseren Beitrag zur Stärkung der Zivilgesellschaft. Wir sind mehr!

Bezahlung von Grundschullehrkräften: Kekse für die überfällige Anpassung



(EuW) Lehrkräfte an Grundschulen sind in Sachsen-Anhalt noch immer niedriger eingruppiert als die Lehrkräfte anderer Schulformen. Angesichts des breiten pädagogischen und erzieherischen Auftrags der Grundschulen gibt es dafür keinen vernünftigen Grund mehr, andere Bundesländer haben das längst erkannt und die Eingruppierungen angepasst. Die GEW Sachsen-Anhalt hat am 30. August vor dem Landtag an die Abgeordneten Kekse verteilt, um den dringenden Handlungsbedarf zu verdeutlichen.

Nachbarländer von Sachsen-Anhalt, wie Brandenburg und Sachsen, bezahlen ihre Lehrkräfte an Grundschulen mit der Eingruppierung in die A13 bzw. E13 inzwischen angemessen. Andere Bundesländer haben sich ebenfalls auf diesen Weg gemacht. Dies erhöht wesentlich die Konkurrenz bei der Gewinnung der wenigen Bewerber*innen für die Grundschulen. Die jüngste Ausschreibungsrunde des Bildungsministeriums in Sachsen-Anhalt, bei der an den Grundschulen etwa ein Drittel der Stellen nicht besetzt werden konnte, bestätigt dies. „Wenn durch

einen Wechsel an die Schule im Nachbarort die Bezahlung um zwei Entgeltgruppen steigt, nur weil diese Schule in Brandenburg oder Sachsen liegt, überlegen viele Kolleginnen und Kollegen nicht lange und treffen ihre Entscheidung anhand der Bezahlung. Sachsen-Anhalt wäre gut beraten, hier unverzüglich nachzubessern“, sagte Eva Gerth, Landesvorsitzende der GEW, am Rande der Aktion vor dem Landtag.

Die Kekse mit der Aufschrift „E13/A13“ sollten die Abgeordneten darin erinnern, dass sich engagierte Grundschullehrkräfte nicht nur mit Brosamen und guten Worten in unsere Schulen locken lassen. „Die Arbeit an Grundschulen in Sachsen-Anhalt muss attraktiver werden! Dies gilt auch mit Blick auf die Ausbildungsphasen für dieses Lehramt. Objektive Gründe für die ungleiche Bezahlung gibt es schon lange nicht mehr“, unterstrich Eva Gerth.

Zahlreiche Abgeordnete nahmen die Kekse und ein erklärendes Anschreiben der GEW gern entgegen und ließen sich von den Kolleginnen und Kollegen die Hintergründe erklären.

Fotos: Alexander Pistorius (3)



Die Minister Schröder (Finanzen) und Tullner (Bildung) zeigten sich interessiert an der GEW-Aktion für eine gerechte Bezahlung von Grundschullehrkräften in Sachsen-Anhalt.



Tarifrunde für die Länder 2019: Erste Vorboten der Tarifforderungen



(EuW) Die GEW will die Tarifrunde für den Bereich der Länder gut und rechtzeitig vorbereiten. Positive Erfahrungen aus der Tarifrunde zum TVöD 2018 aufgreifend hatte der Tarifbereich des GEW-Hauptvorstandes für den 18. und 19. September nach Frankfurt am Main zu einem Vorbereitungstreffen eingeladen. Mehr als 60 Vertreter*innen der Beschäftigten bei den Ländern, vorwiegend aus Schulen und Hochschulen, diskutierten intensiv mögliche Varianten der Tariffentwicklung, ohne jetzt schon konkrete Forderungen vorzulegen.

Kollege Daniel Merbitz, zuständiges Vorstandsmitglied für die Tarifarbeit im Geschäftsführenden Vorstand der GEW, nannte vier Punkte, um die sich dann die Diskussionen rankten: Allgemeine Entgelterhöhung inklusive Veränderung der Tabellenstruktur, Weiterentwicklung der

Eingruppierung angestellter Lehrkräfte (TV EntgO-L), Reform der allgemeinen Eingruppierung inklusive des Sozial- und Erziehungsdienstes Länder (Anlage A zum TV-L) und Verbesserungsbedarf bei mantelrechtlichen Regelungen, insbesondere zu § 14 TV-L. Die Kolleginnen und Kollegen aus Sachsen-Anhalt nutzten die Gelegenheit, die auf dem LHA beschlossenen Forderungen (→ Seite 3) in die Diskussion einfließen zu lassen und die spezifischen Erfahrungen aus den Beschäftigungsverhältnissen der Lehrkräfte, Pädagogischen Mitarbeiter*innen und Hochschulmitarbeiter*innen einzubringen. Dazu ergriffen u.a. Eva Gerth, Bertolt Marquardt und Hans-Dieter Klein das Wort. Mit diesem Treffen wurden Anstöße für die nun beginnende Forderungsdiskussion gegeben, die in den nächsten Wochen und Monaten auf Landesebene zu führen sein wird.

Foto: Hans-Dieter Klein

Bildungsminister legt Zahlen vor:

Unterrichtsversorgung erstmals unter 100 Prozent

(EuW) Das Bildungsministerium Sachsen-Anhalt legte Mitte September aktuelle Zahlen zu den Lehrkräften und der Schülerschaft vor. Demnach betrug die offizielle Unterrichtsversorgung im Land zum Schuljahresbeginn nur noch 99,4 Prozent und ist damit erstmals unter die 100-Prozent-Marke gesunken. Besonders dramatisch ist die Lage an den Sekundar- und Gemeinschaftsschulen, die lediglich auf eine durchschnittliche Versorgung von etwa 97 Prozent kommen. Das Problem der mangelhaften personellen Ausstattung der Schulen hat sich damit weiter verschärft.

Schulform	Gesamtbedarf in LWS	Arbeitsvermögen in LWS	Überhang/Defizit (LWS)	Unterrichtsversorgung in %
Grundschule	97.002	96.553	- 449	99,5
Sekundarschule	63.713	61.673	- 2.040	96,8
Gemeinschaftsschule	24.093	23.499	- 594	97,5
Gymnasium	72.252	73.863	1.611	102,2
Gesamtschule	9.482	9.633	151	101,6
Förderschule	37.654	37.025	- 629	98,3
Gesamt	304.196	302.245	- 1.951	99,4

Vom Gesamtbedarf von 304.196 Lehrerwochenstunden (LWS) können derzeit 302.245 durch verfügbares Arbeitsvermögen abgedeckt werden. Das Defizit von 1.951 Lehrerwochenstunden entspricht 77 Lehrkräften. Derzeit befinden sich 200 Stellen in der Ausschreibung.

Quelle: Ministerium für Bildung, 2018-09-14

Das Ministerium listete einige Gründe für den ungebremsen Sturzflug der Unterrichtsversorgung auf: Neben mehr Eltern- und Mutterschutzzeiten sowie Langzeiterkrankten wurden dabei auch die steigenden Schülerzahlen aufgeführt.

Für die knapp 1.000 Schülerinnen und Schüler mehr in diesem Schuljahr werden nach Berechnungen der GEW etwa 60 zusätzliche Lehrkräfte benötigt. Rechnet man diese Größe aus dem aktuellen Arbeitsvermögen der Lehrkräfte heraus, bleibt immer noch ein Defizit bestehen.

Die Veröffentlichung der Zahlen fiel auf den Tag des Landeshauptausschusses der GEW Sachsen-Anhalt. Die Landesvorsitzende Eva Gerth reagierte darauf am Rande der Tagung in Magdeburg: „Die steigenden Schülerzahlen sind nicht vom Himmel gefallen, aber selbst ohne diesen zusätzlichen Bedarf läge die Unterrichtsversorgung unter 100 Prozent. Diese skandalöse Entwicklung kann der Bildungsminister bisher allenfalls etwas bremsen, eine Umkehr ist aber nach wie vor nicht in Sicht.“

Besonders erschreckend sind die mit diesen Zahlen verbundenen Prognosen für die tatsächliche Unterrichtsverteilung in diesem Schuljahr. Wenn man die letztjährigen Ausfallquoten durch Klassenfahrten, Fortbil-

dungen und vor allem Krankheit auf die jetzige schlechte Grundversorgung überträgt, werden aktuell wahrscheinlich fünf Prozent des Unterrichts ersatzlos ausfallen. Im Laufe einer zehnjährigen Schulkarriere entspricht dies genau einem halben Schuljahr.

Damit laufen Bemühungen für mehr Schulerfolg und für weniger Schulabbrecher vielfach ins Leere. Sachsen-Anhalt liegt schon jetzt bei den Schulabgängen ohne Abschluss bundesweit auf den hintersten Plätzen. Der Bedarf an bedeutend mehr Lehrkräften wird damit über die nächsten Jahre unvermindert anhalten.

Bildungsminister Marco Tullner regte in seinem Pressegespräch auch an, in Koalitionskreisen über eine neuerliche Runde bedarfsmindernder Maßnahmen nachzudenken. Die GEW kündigte entschiedenen Widerstand gegen solche Pläne an, da sie das Grundproblem keinesfalls lösen können, sondern allenfalls zu einer weiteren Verschärfung führen. Eva Gerth sprach sich stattdessen für eine Senkung der gegenwärtig hohen Belastungen der Lehrkräfte aus, um

der gestiegenen Zahl der Langzeiterkrankten entgegenzuwirken.

Insgesamt sieht sich die GEW in ihren Vorausagen leider erneut bestätigt. Auch die veränderten Zuweisungszahlen aus dem letzten Schuljahr konnten die Talfahrt nicht stoppen und sind bereits ein Jahr später größtenteils verpufft. Die dadurch abgepresste Mehrarbeit der Kolleginnen und Kollegen an den Schulen bleibt hingegen tagtäglich ein individueller und organisatorischer Kraftakt.

Alle Energie der Landesregierung muss sich daher weiterhin und dauerhaft auf die Gewinnung neuer Lehrkräfte richten. Nach Ansicht der GEW sind hier noch längst nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Sie hat dem Land erneut angeboten, ihre Expertise in Gesprächen über die zukünftige Gestaltung der Lehrerbildung und -gewinnung einzubringen.

Vorbereitung der Tarifrunde 2019:

Wichtige Konferenz am 27. Oktober

Der Vorstandsbereich Tarif und Recht lädt zu einer Konferenz zur Vorbereitung der Tarifrunde 2019 im öffentlichen Dienst der Länder am 27. Oktober 2018, von 9.30 bis 16.00 Uhr, ins Hotel Ratswaage in Magdeburg ein.

Eingeladen sind alle GEW-Mitglieder der Kreisvorstände, GEW-Personalräte und Ersatzmitglieder, Mitglieder der Landestarif- und der Landesbeamtenkommission, des Landesvorstandes, Gewerkschafts- und Organisationssekretäre und Mitglieder der Landesarbeitsgruppen. Themen der Konferenz sind:

- rechtliche Grundlagen der Tarifarbeit, u.a. grundgesetzliche Regelungen des Rechts auf Arbeitskampf, Umgang mit dem Urteil vom 12. Juni 2018 zum Beamtenstreikrecht, Auseinandersetzung mit den Argumenten der Arbeitgeber,
- GEW-interne Regelungen zur Tarifarbeit, u.a. Satzung, Arbeitskampfrichtlinien, Verhältnis zwischen Bund und Land bei Tarifaufinandersetzungen im öffentlichen Dienst, Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaften,
- strategische Überlegungen zur Tarifrunde 2019, u.a. Diskussion möglicher Ziele und Forderungen wie Änderungen am Manteltarifvertrag, Arbeitszeitregelungen oder Entgelterhöhungen, Mobilisierung der Beschäftigten an Schulen und Hochschulen, Veranstaltung für die verbeamteten Lehrkräfte und
- Planung von Aktionen der GEW.

Der genaue Ablauf geht den Teilnehmer*innen rechtzeitig zu; Rückmeldungen bitte bis zum 20.10.2018 per E-Mail an Tanja.Drews@gew-lsa.de oder per Fax an 0391 7313405.



Brief an den Bildungsminister: Wirkliche Probleme aufgreifen!

Sehr geehrter Herr Minister, jetzt sind Sie denen auf den Leim gegangen. Mit nicht wirklich profunden Erhebungen werden Ergebnisse in einer Bonner Studie dargestellt, die die Überlegenheit einer Leselernmethode herausstellt und alles andere anzweifelt. Es geht um die Methode „Lesen durch Schreiben“, die angeblich der klassischen Arbeit mit der Fibel unterlegen ist. Dabei ist denen, die sich damit beschäftigen, klar, dass es auch Gegenstudien (vgl. dazu Funke oder Brügelmann) gibt, die zu anderen Ergebnissen kommen. Und ausgerechnet die AfD will nun, wie es in ihrem Antrag an den Landtag heißt, sogar diese Methode verbieten.

Gibt es denn an den Schulen aber nicht ganz andere Probleme, um die Sie sich kümmern müssten?

Wir hätten Sie oder Ihre Hilfe gern an unserer Seite, wenn sich morgens zwei Kolleg*innen krank melden und die Klassen zusammengelegt werden, wenn schon planmäßig gar keine pädagogische Mitarbeiterin da ist und die Aufsichtsbelastung steigt, wenn wir die Stundentafel nur am Minimum unterrichten, aber damit Spitzenplätze bei den Leistungsstudien erreichen wollen, wenn es an unserer Schule seit vier Jahren keine Schulleitung gibt oder wenn wir gezwungen sind, die pädagogische Mitarbeiterin fünf Stunden in die 1. Klasse zu stecken.

Wenn Sie sich wirklich für schulische Qualität interessieren, dann beschäftigen Sie sich nicht mit Fragen des Verbots einer Methode, sondern lieber mit den folgenden Fragen und ihrer Lösung:

1. Wie bekommt man gut ausgebildete Grundschullehrer*innen an die Schulen Sachsen-Anhalts?

Das gelingt zweifelsohne nicht mit einer Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung der Referendare. Es gelingt auch nicht damit, dass man Seiteneinsteiger in das kalte Wasser wirft. Die in diesem Schuljahr begonnenen Qualifizierung muss schnellstens evaluiert werden. Das Studium theoretischer Grundlagen in häuslicher Umgebung stellt kein wirkliches Fortbildungsangebot dar.

Die festgestellte Unterrichtsversorgung von unter 100 Prozent ist ein Desaster. Wer hier gegensteuern will, der muss die Ausschreibung flexibler gestalten und öffnen. Noch immer wird geeignetes pädagogisches Personal bei der Ausschreibung nicht berücksichtigt. Man muss sich das ganze Jahr hindurch bewerben können.

2. Wie halte ich Grundschullehrer im Land?

In unserem Nachbarbundesland Brandenburg bekommt eine ehemalige Schülerin von mir für ihre engagierte Arbeit an einer Grundschule die Besoldung A13, Stufe 6. Davon bin ich, ehrlich gesagt, weit entfernt und kann davon nur träumen. Mit welchen Argumenten überrede ich sie zum Wechsel nach Sachsen-Anhalt? Mit welchen Argumenten bewerben sich unsere Absolventen zukünftig in Sachsen-Anhalt? Ein Gegensteuern mit der E13/A13 für alle Grundschullehrer*innen ist überfällig.

3. Welche Rahmenbedingungen benötigt eine Schule?

Das sind so viele, dass ich sie nur stichpunktartig auflühre:

Ganztags: Dazu müssen jedoch folgende Voraussetzungen geschaffen werden: Integration des Hortbetriebes und der dort beschäftigten Erzieher*innen in den schulischen Ablauf, einheitliche Mindestöffnungszeiten orientiert an der Zielgröße von acht Stunden/Tag, flexible Nutzung des Angebotes durch Kernzeiten und Angebotszeiten, ausreichend dimensionierte, verlässliche Sach- und Personalmittel für das lehrende und das nicht-lehrende Personal zur verlässlichen und vollständigen Abdeckung der Kern- und Angebotszeiten im Rahmen der ganztägigen Öffnungszeiten der Ganztagschule;

Inklusion nicht zum Nulltarif: jede Schule bekommt eine ausgebildete Förderschullehrkraft; für multiprofessionale Teams muss die Zahl der Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter aufgestockt werden; Pädagogische Mitarbeiter*innen sind zumindest an Grund- und Sekundarschulen/ Gemeinschaftsschulen und an Förderschulen notwendig; es muss eine Obergrenze von 22 Schülern geben, wenn inklusive Kinder beschult werden;

Arbeitsbedingungen verbessern: Entlastung von Verwaltungsaufgaben (Schulbücher, Schulgirokonto, ...), Anrechnungsstunden für Klassenlehrer, Abminderungsstunden für Kollegen, die inklusiv arbeiten.

Es gibt also viel mehr zu tun als sich mit sinnlosen Debatten über das Verbot einer Methode zu beschäftigen. Anstelle von polemischen Äußerungen sollten Sie die Ärmel hochkrempeln und bereit sein, externen Sachverstand einzuholen. Der Sachverstand in Ihrem Haus wurde ja einmal umher rotiert. Jeder Referatsleiter erhielt kurzerhand ein neues Referat. Dabei blieb viel Input und Sachverstand auf der Strecke, aber davon erfährt die Basis ja nichts. Dazu kommt, dass noch immer nicht wirklich klar ist, warum Sie Herrn Klieme als Direktor des Landesschulamtes und profunden Kenner der Szene in die „Wüste“ geschickt haben. Hatte er das falsche Parteibuch oder scheute er sich nicht vor unbequemen Wahrheiten? Es stellt sich außerdem die Frage, was ein ehemaliger Polizist an der Spitze des Landesschulamtes bewirken soll. Lehrerfahndung mit Polizeimethoden, um damit den Einstellungskorridor zu erfüllen oder wirkungsvoller Schutz der Lehrerschaft? Aber man erzählt sich, dass die in Dessau jetzt ganz zufrieden sind, dass Herr Degener in Halle seinen Job machen darf.

Vielleicht können Sie der Lehrerschaft erklären, weshalb so manche Entwicklungen (Erlasse, Zeugnisse, ...) vorgenommen werden, ohne externen Sachverstand einzuholen.

Vielleicht berücksichtigen Sie bei allen geplanten Änderungen, dass wir an der Schule keine juristische Ausbildung haben. Wir lesen einen Erlass und sind immer wieder erstaunt,

wie die Juristen ihn dann deuten und was es alles geben soll. Schreiben Sie doch einfach so, dass es in der Ausführung unstrittig umsetzbar ist.

In Ihrem 40-seitigen Papier „Aufbau von Multiprofessionalität von Schule in Sachsen-Anhalt“ treffen Sie viele schöne und richtige Aussagen. Aber warum drücken Sie sich um die entscheidende Frage herum: Wie soll Schulsozialarbeit nach 2020 finanziert werden? Das bleibt unbeantwortet oder wird von illusorischen Vorstellungen getragen.

Ich unterbreite Ihnen einen anderen Vorschlag: Wir bilden multiprofessionale Teams im Bildungsministerium. Wir könnten Ihnen für viele Positionen in diesem Team Unterstützung zusagen. Nur bei zwei Kategorien gibt es Probleme: Bankkaufleute und IT-Techniker. Doch vielleicht haben sich ja inzwischen einige Schulleiter qualifiziert.

Diese Profis könnten Ihnen behilflich sein beim Entwickeln von Zeugnisformularen. Die würden nicht nur über Gewalt an Schule debattieren, die würden Ihnen auch erzählen, wie man sich fühlt, wenn man beleidigt oder bespuckt wird, und wie es ist, wenn man bei Facebook „Mode“ ist. Die würden Ihnen auch berichten können, wie mühsam es ist, Schulpflicht durchzusetzen und Eltern zur Schule bewegt zu bekommen.

Aber dieses Team wäre auch in der Lage, konstruktive Lösungsansätze zu finden.

In der Arbeitsbeschreibung für diese multiprofessionellen Teams gäbe es aber weitere zu bearbeitende Baustellen: zu wenige Lehrer*innen, ein Höchststand an Ausfallstunden, mindestens 300 fehlende pädagogische Mitarbeiter*innen, 90 unbesetzte Schulleiterstellen. Und wir brauchen Vorschläge zur Minderung der steigenden Belastungen des schulischen Personals, ein Finanzierungskonzept für Schulsozialarbeiter nach 2020, Konzepte für altersgerechte Arbeitsbedingungen, ...

Sehr geehrter Herr Minister, in der Bilanz Ihrer bisherigen Amtszeit muss man konstatieren, dass es einfach zu viele ungelöste Probleme gibt. Zugleich muss man bilanzieren, dass der Umgang mit dem Personal auch etliche Führungsreserven birgt. Allein die in der Lehrerschaft bekannte Floskel „er ist bemüht“ reicht nicht.

Wie geht man nun damit um, dass damit die Versetzung ins nächste Schuljahr mindestens gefährdet erscheint?

Bis vor kurzem hätte ich noch gedacht und befürchtet, dass Sie länger verweilen müssen. Doch seit wenigen Tagen wissen wir es besser – man hat zumindest die Chance befördert zu werden. In diesem Sinn gebe ich Ihnen die Liedzeile von Mark Forster mit auf den Weg: „Egal was kommt, es wird gut, sowieso. Immer geht ‘ne neue Tür auf, irgendwo. Auch wenn’s grad nicht so läuft, wie gewohnt. Egal, es wird gut, sowieso.“

Mit besten
Grüßen,

Kurt Querkopf



OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“:

Deutschland muss mehr Geld in Bildung investieren

(EuW) Die GEW mahnt Bund, Länder und Kommunen, ihre Anstrengungen für ein qualitativ besseres und zukunftsfähiges Bildungssystem massiv zu steigern. „Auf dem Dresdener ‚Bildungsgipfel‘ haben Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Ministerpräsidenten 2008 vereinbart, ab 2015 zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Bildung und Forschung zu investieren – die Vision einer ‚Bildungsrepublik‘ geisterte durch Politik und Medien –, sieben Prozent in Bildung und drei in Forschung. Von diesem Ziel sind wir immer noch meilenweit entfernt“, sagte Ansgar Klinger, GEW-Vorstandsmitglied für Berufliche Bildung und Weiterbildung, mit Blick auf die am 11. September veröffentlichten Daten der OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2018“. Hätte Deutschland für die Grund- bis

Hochschulen nicht 4,2 Prozent, sondern – wie Norwegen – 6,4 Prozent des BIP investiert, stünden alleine diesen Bildungseinrichtungen 66,9 Milliarden Euro mehr zur Verfügung, um ihre gesellschaftlich wichtigen Aufgaben zu lösen.

„Die Finanzierung der Bildungseinrichtungen hat mit der wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen Jahre nicht Schritt gehalten. Gemessen am BIP ist ihr Anteil sogar gesunken. Darin drückt sich eine geringe Wertschätzung der Bildung aus, die der Rhetorik in den Sonntagsreden der Politikerinnen und Politiker widerspricht“, betonte Klinger. Im internationalen Bildungsvergleich erfolgreiche Länder seien in der Vergangenheit einen anderen Weg gegangen, sagte der Bildungsfinanzierungsexperte. Sie hätten ihre

Bildungsausgaben absolut und auch relativ zu ihrer Wirtschaftskraft deutlich gesteigert, wie die OECD-Studie Jahr für Jahr belegte. Deutschland müsse seine Chance nutzen, die Quantität und vor allem die Qualität des Bildungswesens zu verbessern, um den gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht zu werden. Hier hätten die Vereinten Nationen mit den Sustainable Development Goals (SDG) einen wichtigen Zielkatalog aufgestellt. „Dass der OECD-Bericht neuerdings auch eine Analyse des Bildungsziels der Vereinten Nationen vornimmt, ist zu begrüßen. Hier wird deutlich, dass sich Deutschland auf dem Weg zu einer inklusiven, gleichberechtigten, auch das lebensbegleitende Lernen fördernden Bildung deutlich mehr engagieren muss“, sagte Klinger.

Fortbildung von Lehrkräften:

Höhere Investitionen überfällig

(EuW) GEW und VBE kritisieren, dass das Thema Fortbildung bei der Diskussion um die Bildungsqualität in Deutschland seit Jahren „stiefmütterlich behandelt wird“. Sie mahnen höhere Investitionen in die Fortbildung an, damit diese quantitativ und qualitativ ausgebaut wird. Zudem müsse dem Thema Fortbildung von Kultusministerkonferenz (KMK) und Ländern mehr Bedeutung beigemessen werden. „Integration, Inklusion und Digitalisierung stellen Anforderungen an Lehrkräfte, denen sie nur mit einer qualitativ hochwertigen Vorbereitung angemessen begegnen können. Engagement und Motivation der Lehrkräfte allein reichen dafür nicht aus. Die Politik ist gefordert, Lehrkräfte endlich ausreichend zu unterstützen. Es kann nicht sein, dass ihnen immer mehr abverlangt wird, die Politik aber die notwendige Unterstützung durch Fortbildung verweigert“, bemängelt Udo Beckmann, VBE-Bundesvorsitzender. Der Deutsche Verein zur Förderung der Lehrerinnen und Lehrerfortbildung e.V. (DVLfB) hat

unter der Leitung des Lehrerfortbildungsexperten Peter Daschner und mit Unterstützung der Bosch Stiftung in einer umfangreichen Bestandsaufnahme festgestellt, dass die Fortbildung massiv unterfinanziert sei. Die Investitionen in diesem Bereich seien demnach in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen. „Man darf bei der Weiterentwicklung der Bildungsqualität nicht immer nur auf den Lehrkräftenachwuchs und das Studium setzen und dabei die Lehrkräfte im Schuldienst vernachlässigen“, betont GEW-Vorstandsmitglied Ilka Hoffmann, die für Schule verantwortlich ist. Hier gebe es zu wenig Unterstützung durch gezielte schulinterne Fortbildungen. Zudem brauche es einen Anspruch auf eine fixe Zahl an Fortbildungstagen für schulinterne Fortbildungen. Die Lehrerfortbildung ist laut Bestandsaufnahme des DVLfB schlecht vorbereitet auf die Herausforderungen, denen sich die Schulen derzeit gegenübersehen. Es fehle an Angeboten, nachhaltigen Formaten, Strukturen

und Personal. „Gerade angesichts des Lehrkräftemangels müssen die Kapazitäten in den Fortbildungsinstituten massiv erhöht werden. Die Lehrkräfte an den Schulen stemmen momentan immer mehr. Deshalb müssen sie besonders intensiv auf die Aufgaben vorbereitet werden“, unterstreicht Hoffmann. Dazu braucht es Qualität auf allen Ebenen des Fortbildungssystems. „Weil die aber bisher von der Bildungspolitik vernachlässigt wurde“, so der Vorsitzende des DVLfB Rolf Hanisch, „haben wir neben der Bestandsaufnahme einen Musterqualitätsrahmen entwickelt – als Bauplan für wirksame Fortbildung“. Der VBE-Bundesvorsitzende Beckmann macht deutlich, dass sich auch die Planung verändern müsse: „Muss eine Schule mit 100 Prozent Lehrerbesetzung planen, reißt jede Fortbildung ein Loch in den Stundenplan. Damit jede Lehrkraft während der Dienstzeit Fortbildungen wahrnehmen kann, braucht es einen entsprechenden Stellenpuffer pro Schule.“

Herbstseminar des Vorstandsbereichs Hochschule/Forschung/Lehrerbildung:

Hochschul-, Bildungs- und Tarifpolitik in der Debatte

(EuW) Seit nunmehr 26 Jahren pflegt der Vorstandsbereich Hochschule/Forschung/Lehrerbildung die Tradition, kurz vor Semesterbeginn hochschulpolitische und auf den Arbeitsplatz Hochschule bezogene Sachverhalte zu diskutieren.

Am 21. und 22. September standen in Quedlinburg vier Themen auf der Tagesordnung. Als erstes wurde die „Hochschulpolitik von Bund und Ländern“ analysiert. Als Gast und Diskussionspartner stand Dr. Karamba Diaby, der für die SPD im Bundestag sitzt und im Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Technikfolgeabschätzung mitwirkt. Der Hallenser, mit dem der Hochschulbereich der GEW schon lange den Dialog pflegt, stand zu vielfältigen Fragen Rede und Antwort. Er fragte dezidiert nach Anregungen für die SPD-Bundespolitik, die sich aus der GEW-Politik bzw. entsprechenden Arbeitspositionen ableiten ließen.

Christian Kirchert, in den vergangenen Jahren häufig Teilnehmer des Seminars, gab einen

Überblick über bisher bekannte Novellierungsvorschläge für das Hochschulgesetz des Landes. Obwohl seit vielen Monaten angekündigt, liegt allerdings immer noch kein Regierungsentwurf vor. Die GEW ist aber für eine kritische Stellungnahme gut gerüstet. Die anstehende Tarifrunde zum TV-L wurde insbesondere unter dem Aspekt des Kampfes gegen die prekären Beschäftigungsverhältnisse beleuchtet. Kollege Prof. Hans-Dieter Klein führte in dieses Thema ein und verwies auf die tarifpolitische Binsenwahrheit, dass es zur Verbesserung der Bedingungen Kampffähigkeit bedarf.

Mit der Diskussion von Antragstexten zu der Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses und zur universitären Lehrerbildung für die Landesdelegiertenkonferenz schloss sich der Kreis dieses – so der Vorstandsbereichsvorsitzende Prof. Jürgen Köhler – fruchtbringenden Seminars.



Foto: Hans-Dieter Klein

Der Lehrkräftemangel hat die Gesellschaft erreicht. Immer öfter berichten die Medien über Seiten- und Quereinstieg in den Lehrberuf. Dem aufmerksamen

Hochschulpolitik für Sachsen-Anhalt: Von Pakt zu Pakt und von Projekt zu Projekt

Zuhörer, Leser oder Fernsehkonsumenten begegnen in diesem Zusammenhang allerdings auch Aussagen über die Hochschulen des Landes. Damit ist nicht etwa allein die jahrelange Vernachlässigung der Lehrerausbildung gemeint, sondern auch ein ganz anderes Symptom hochschulischer Alltäglichkeit. Mehrfach konnte man auf die Frage, warum man eine wissenschaftliche Karriere zugunsten eines Seiteneinstiegs in das Lehrkräftedasein aufgeben, die Antwort erhalten: Auf einer halben, auf zwei Jahre befristeten Stelle zu arbeiten und zu promovieren, sei wohl ein Grund, zu überlegen, ob man auf diese Art von Karriere verzichten könne.

Eben dieses Symptom steht für eine Hochschulpolitik, die seit Jahren immer mehr prekäre Arbeitsverhältnisse, besonders ein ausuferndes Befristungsunwesen, hervorbringt. Immer wieder werden Notlösungen gesucht, statt ein ausfinanziertes Hochschulsystem herzustellen. Die deutsche Wissenschaftslandschaft handelt sich von Pakt zu Pakt und die Hochschulen verwenden das Arbeitsvermögen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dazu, Projekte einzuwerben, mit denen dann wieder prekäre Verhältnisse bezahlt werden und eine Hatz auf neue Projekte angestoßen werden können. In zwei Jahren wird der bundesweite Hochschulpakt 2020 auslaufen, mit dem Bund und Länder seit 2007 für die Schaffung zusätzlicher Studienplätze sorgen. Die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger ist seitdem deutlich stärker angestiegen, als es die Kultusministerkonferenz vorhergesagt hatte.

Die Finanzierung der Hochschulen hält mit dem Anstieg der Studierendenzahl aber nicht Schritt. Statt für eine nachhaltige Grundfinanzierung zu sorgen, stampfen Bund und Länder immer neue Pakte und Förderpro-



gramme aus dem Boden. Die Studierenden sind mit katastrophalen Betreuungsrelationen konfrontiert. Hinzu kommen die benannten Zeitverträge mit immer kürzeren Laufzeiten, lange und steinige Karrierewege sowie Dumping-Löhne für Lehraufträge, die die Kontinuität von Lehre und Forschung und die Studienbedingungen unterminieren.

Um eine Bildungskatastrophe an den Hochschulen abzuwenden, muss umgesteuert werden. Wir brauchen gute Hochschulbildung für alle! Und wir erwarten, dass sich Sachsen-Anhalt dafür einbringt.

Gewerkschaftliches Engagement für eine neue Hochschulpolitik in Sachsen-Anhalt: Auf der Suche nach dem richtigen Weg – Wo geht es zur „

„Guten Tag dir, du Schöne“, würde ich mich gerne verbeugen. Viele fallen mir ein, die ich so begrüßen möchte, vieles auch. Verbundenheit und Respekt drückte ich aus, Zuneigung sowieso. Und vielleicht wäre Gelegenheit, einen prüfenden Blick zu versenden: „Mehrst du deine Wohlgestalt? Bist du unterwegs zu deinem Ideal? Drückt dich Kummer?“

Bei einem Kaffee wäre dann Zeit für die Frage: „Wem sitze ich jetzt gegenüber?“ Der klugen Frau, die ich vorhin als Brunnenfigur bewundert habe? Dem Abbild einer alten, der Welt vererbten Stadt, die so wunderbar ist, dass es niemandem erzählt werden sollte? Nein, es ist die weise Athene, die Göttin für dies und das und vieles noch, die nach der Ordnung in ihren Häusern sucht.

Bedingungen für Hochschule

Betrachten wir also die Universitäten und Hochschulen dieses Landes. In dieser Absicht hatte der Vorstandsbereich Hochschule/Forschung/Lehrerbildung zum diesjährigen Seminar in die Welterbestadt Quedlinburg eingeladen. Zustand und Ziele der Hochschulen

wurden betrachtet wie auch die Voraussetzungen zum Arbeiten und Studieren. Am Nachdenken beteiligt hatten sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Mitglieder von Personalvertretungen, Politiker und Gewerkschaftsbeauftragte. Studierende fehlten. Ungerecht ist es vermutlich, hier festzustellen, ebenso war die anonyme Wählerin als Repräsentantin des Souveräns nicht beteiligt, obwohl aus deren Tasche Steuern auch für die Finanzierung von Bildung gezahlt werden. Zudem ist andererseits die Wissenschaft aufgerufen, alle Facetten ihrer Existenz der Öffentlichkeit viel besser als bisher darzustellen und zu begründen.

Das Gestern lebt im Heute, ist damit eines der Argumente für Zukunft. Und da seit dem Lustwandeln im Heiligen Hain Akademos bei Athen intensiv über Bildung, über Hochschulen nachgedacht wurde, können wir einige gut bekannte Thesen und Fragen formulieren – als Wegweiser für die Suche nach Vollkommenheit: Bildung und Wissenschaft haben der Anregung aller Kräfte zu dienen. Bildung braucht Freiheit.

Wissenschaft sei zweckfrei.

Jeder hat Anspruch auf [beste] Bildung.



© WWW.SW-KOMMUNIKATION.NET

Der neue auszuhandelnde Hochschulpakt muss von einem befristeten Sonderprogramm in einen dauerhaften Beitrag zur Verbesserung der Grundfinanzierung der Hochschulen überführt werden. Verfassungsrechtlich gibt es dafür keine Hindernisse mehr. Bereits am 1. Januar 2015 ist die Aufhebung des Kooperationsverbots für den Wissenschaftsbereich in Kraft getreten. Bei der Förderung von Wissenschaft, Forschung und Lehre dürfen Bund und Länder gemäß Artikel 91b des Grundgesetzes zusammenwirken. Die Aufhebung des Kooperationsverbots sollten Bund und Länder als Kooperationsgebot verstehen.

Die vorliegende Ausgabe unserer EuW beschäftigt sich neben der Lehrerbildung und der Interessenvertretung der Hochschulangehörigen mit den Fachhochschulen. Sie müssen aufgewertet werden. Die Fachhochschulen dürfen nicht die Aufgabe zugewiesen bekommen, Dumping-Studienplätze für einen insgesamt nicht ausfinanzierten Aufwuchs an Studierenden bereit zu stellen. Die Aufwertung der Fachhochschulen schließt neben dem Ausbau eines eigenen akademischen Mittelbaus die Verbesserung der Forschungsmöglichkeiten und die Erteilung des Promotionsrechts in forschungsstarken Bereichen ein.

Zu den Aufgaben der Universitäten gehört es, mehr Studienplätze in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung vorzuhalten. Die GEW Sachsen-Anhalt hat in diesem Sinne Druck gemacht und etwas erreicht.

Im Hochschulpakt 2020 hatten sich die Länder verpflichtet, einen höheren Anteil der Studienanfängerinnen und Studienanfänger an Fachhochschulen und in den Fächergruppen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik zu erreichen. Angesichts des enormen Lehrkräftemangels, mit dem die Schulen zu kämpfen haben, spricht sich die GEW nun dafür aus, die Zahl der Studienplätze in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung deutlich zu erhöhen.

Ende November wird die GEW Sachsen-Anhalt auf ihrer Landesdelegiertenkonferenz bilanzieren, ob sie etwas im Sinne der Forderungen „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ erreicht hat, ob sie nach dem Vorbild des Herrschinger Kodex der GEW von 2012 zu berechenbaren Karrierewegen und stabilen Beschäftigungsbedingungen beigetragen hat. Von den GEW-Kolleginnen und -Kollegen in den Personalräten und Hochschulgremien kann man das sagen. Sie treten dafür ein, die Tarifverträge einzuhalten, verantwortungsbewusst mit der Befristung von Arbeitsverträgen umzugehen, Stipendien nicht zur Verdrängung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen zu missbrauchen, Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse nur auf ausdrücklichen Wunsch der Beschäftigten zu begründen und ein zukunftsfähiges Personalentwicklungs- und Gleichstellungskonzept zu erarbeiten.

Bildungsrepublik“?

Ein Studienfach müsse frei gewählt werden können; es solle mehrere Disziplinen betreffen.

Damit sind einige der Grundsätze Wilhelm von Humboldts für ein Bildungsideal skizziert, und wir besitzen ein perfektes, ein anregendes Bild. Könnte damit die Gestaltung von Hochschule zur Seminaraufgabe werden, gerade dann, wenn die vormals ausgerufene „Bildungsrepublik“ vom Märchenland in das hiesige Bundesland verwandelt werden soll? Auch hierzu einige Thesen und Fragen: Woher kommen eigentlich die Erwartungen an die Hochschulen der Zukunft? Aus ihnen selbst? Aus der Gesellschaft?

Die „Befristete Wissenschaft“ ist jung. Hochschulen werden vom Alter gemacht. Können sie von Kinderuniversitäten lernen? Bei den Hochschulen haben wir die „schwierigeren Zeiten hinter uns“, meinte Prof. Armin Willingmann, Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung, vor einiger Zeit, und hatte dabei vermutlich zuerst deren Finanzierung im Blick. Wie viel Geld brauchen die Hochschulen, um allen Erwartungen und Ansprüchen gerecht werden zu können? Wird es möglich werden, Hochschulfinanzierung auf derartige Motive zu gründen? Derzeit

ist die Antwort auf diese Frage – vor allen anderen – mit der Grundfinanzierung der Hochschulen durch das Gemeinwesen verbunden. Die ist völlig unzureichend, und sie war es in diesem Bundesland immer. Das bringt beständige Unruhe ins System Hochschulbildung, produziert Ängste und Mutlosigkeit und führt letztlich zu unsachgemäß hoher Drittmittelfinanzierung. Derzeit werden die Hochschulen etwa zur Hälfte mit „temporären“ Geldern unterstützt. Das wiederum führt zum „Befristungswahn“: Mehr als 90 Prozent der Arbeitsverträge für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind befristet und belasten ungemein deren Arbeitsvorhaben und Lebenspläne.

Welches Maß besitzen wir für die Erfolge von Bildung? Das durchaus populäre Verhältnis der Anzahlen von Studienbewerbern und Absolventen leistet hier nur wenig. Und allgemeiner: Was ist Bildung überhaupt? Möglicherweise führen gute Definitionen zu Handlungsanleitungen für das, was sich heute mit der Bezeichnung „Qualitätsmanagement in der Bildung“ schmückt. Auch hier ist die Suche nach Antworten weit mehr als eine Seminaraufgabe.

Der geplante „Nationale Bildungsrat“ wird gewiss sowohl ➔

→ philosophische Fundamente postulieren als auch politisches Handeln anregen. In der GEW wurde einst die Position „Alles beginnt mit Bildung“ formuliert. Eine andere, menschliche und skeptische, las ich in meinem Kalender: „Alles gelesen ... alles vergessen ... was bleibt, ist Bildung“. Wer wagt es, sich für gebildet zu halten? Bieten die Hochschulen ihren Studierenden genügend weite Tummelplätze für deren Erwartungen und Wünsche? Als die Quedlinburgerin Dorothea Christiana Leporin etwa 1741 die Niederschrift ihres Buches „Gründliche Untersuchung der Ursachen ...“ beginnt, wird sie sich in der Gewissheit bestärkt haben, ihre Welt verstehen und beschreiben zu können. Dann begann sie mutig mit der Ausarbeitung, vielleicht unterstützt durch das selbstbewusste Motiv: „Ich mach jetzt, was ich für richtig halte.“ Können das die Studentinnen und Studenten heute ebenfalls?

Hochschullandschaft Sachsen-Anhalt

Mit „das Kooperationsverbot muss weg“ deutete **Dr. Karamba Diaby** (MdB, SPD) während des Herbstseminars auf ein fundamentales Hemmnis für die Hochschulfinanzierung: Hochschulen sind Ländersache, der Bund möge sein Geldtäschchen geschlossen halten. Abgesehen von der Geschichte dieses Prinzips und lediglich aufs Wort geschaut: Es wird also verboten, in einer (guten und wichtigen) Sache zusammenzuarbeiten. Wie sollen die Mitglieder einer Bildungsrepublik dafür Verständnis entwickeln? Und sie könnten fragen, ob die Bundesländer auf dem Felde der Bildung nicht seit längerem vorführen, wie schlecht sie Schule beherrschen. Lehre ist überaus kompliziert (komplizierter als Forschung – falls ein solcher Vergleich überhaupt zugelassen ist). Knapp drei Millionen Studentinnen und Studenten haben das Recht auf „gute Lehre“, auf individuelle Entwicklung. Da streiten sich dann zwei Positionen um Einfluss: die „Kultivierung des Individuums“ und die „Liebe zum Fach“. Studieren braucht Zeit, die Zeit für Neugier und Zweifel, die Zeit zur Reifung. Von der Hochschule Harz wird den Erstsemestern ein „Orientierungsstudium“ angeboten; die Hochschule Magdeburg-Stendal unterstützt benachteiligte Studentinnen und Studenten durch einen so genannten „Kompass“ (der es beispielsweise ermöglicht, Prüfungsbedingungen individuell zu verabreden – für Chancengleichheit).

In der Diskussion schlug K. Diaby neben anderen Zielen pointiert vor, die Mittelvergabe aus dem Hochschulpakt zu „verstetigen“ sowie „Tenure-Track-Prinzipien“ konsequent und reichhaltig einzusetzen. Begründungen dafür sind leicht zu finden; ich erwähne nur: Kluge junge Leute dauerhaft zu beschäftigen ist nicht zuerst riskant, sondern die Aussicht auf Originalität.

Von der Regierung wird seit einer Reihe von Monaten angekündigt, das Hochschulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (LHG) novellieren zu wollen. Diesen Fakt allein mag man nüchtern zur Kenntnis nehmen. Spannung entsteht sofort aus der Frage nach den Motiven dafür: Was haben die Hochschulen bis heute erreicht und welche Probleme liegen vor ihnen? Welche Bedingungen will der Gesetzgeber durch ein neues LHG dafür schaffen, diese Probleme zu lösen? Wie wird dieses LHG dafür sorgen, den Hochschulen Freiräume zu eröffnen auf allen gegenwärtigen und zukünftigen Arbeitsfeldern?

Christian Kirchert (Referent, DIE LINKE) erklärte, das noch geltende LHG wird zurzeit an vielen Stellen geändert. Mindestens für eine davon sollte das Gemeinwesen dem Gesetzgeber die Feder führen: Die Lehrerbildung muss in all ihren Ausprägungen quantitativ und qualitativ ausgebaut werden. Die Kinder brauchen viele und kluge Lehrer, sie können gar nicht genug davon bekommen.

Der Entwurf des LHG werde einige „Überraschungen“ enthalten, kündigte Ch. Kirchert an, und nannte die Parität der Gruppen in den Gremien (mit der bekannten Einschränkung, dass die Gruppe der Professoren bei gewissen Fragen nicht überstimmt werden darf), die Mindestzahl von Studierenden innerhalb eines Studiengangs, den Ausbau der Weiterbildung, die Erleichterung von Unternehmensgründungen.

Vor mehr als einem Jahr bereits hatte die GEW ihre Erwartungen an ein neues LHG dem Ministerium vorgelegt: Die reichen von allgemeinen Leitlinien des hochschulpolitischen Handelns über Gleichstellungsfragen bis zu konkreten Forderungen bezüglich der Bedingungen für Arbeit und Studium sowie zu Forschungsgegenständen wie Umwelt und Frieden.

Die GEW geht davon aus, es findet sich schnell die Tinte für den Schlussstrich unter den Entwurf, damit eine Diskussion endlich beginnen kann.

Von Arrest zu Entfristung und Tarifvertrag

Bereits vor Jahrhunderten bedienten sich viele Universitäten juristischer Mittel, um ihre jungen Leute zu disziplinieren. Karzer existieren nicht mehr. Heute können Strafgebühren für „Langzeitstudierende“ verhängt werden. Warum? Es gibt doch viel schönere rechtliche Möglichkeiten, die Hochschulen wie Gesetzgeber unbedingt handhaben sollten; beispielsweise die „Eindämmung des Befristungsunwesens“. Dieses Problemfeld war **Prof. Hans-Dieter Klein** (Mitglied der Großen Tarifkommission) derart wichtig, dass er es in seine Ausführungen über die Vorbereitung der Tarifrunde 2019 (in den Ländern) einfügte. Fristen scheinen juristischer Alltag zu sein. Eike von Repgow meinte dazu trocken, wenn auch in anderem Zusammenhang: „Es soll kein Lehen auf Zeit vergeben werden.“

H.-D. Klein charakterisierte die derzeitige, nicht unkomplizierte Tarifsituation anhand von Themen wie die Höhe der Forderungen (zwischen 6 und 6,5%), die Rolle von Berufserfahrungen und Arbeitszeit in der Wissenschaft.

Erneut ist in Tarifsachen ein kompliziertes, stellenweise schwer zu durchschauendes Geflecht aus Ansprüchen und Hoffnungen, aus Widerständen, Ausflüchten und Ablehnungen, aus Kompromissen und sophistischen Verdunklungen zu erwarten. Die GEW wird ihre Kräfte zu bündeln haben – und wie immer hängt letztlich alles mit allem zusammen.

Den Song zur Hochschuldemo könnte dann Tom Petty präsentieren: „Learning to Fly“, und er würde darin mahnen: „Coming down ist he hardest thing“.

Ich gehe derweil über Quedlinburgs Kopfsteinpflaster und verbeuge mich erneut: „Macht's gut, all ihr Schönen ... Häuser, Hoffnungen, Hochschulen.“

Prof. Jürgen Köhler

Hochschule Harz auf neuen Wegen:

Orientierung für Studierende, Perspektiven für Beschäftigte

Die EuW ist regelmäßig bemüht, auch Hochschulleitungen und prominente Personalräte aus den Hochschulen zu Wort kommen zu lassen. Für diese Ausgabe sprachen unsere Kollegen **Jürgen Köhler** und **Alexander Pistorius** mit dem Rektor der Hochschule Harz, **Prof. Dr. Folker Roland** (Bild oben), und mit dem Vorsitzenden des dortigen Personalrates, **Roland Thöricht** (Bild unten), über Herausforderungen, neue Angebote und Wünsche für die Zukunft.

Die Redaktion

Als der Wissenschaftsminister **Armin Willingmann** ins Amt kam, sagte er, wir hätten die schwierigen Zeiten hinter uns. Welche hat denn die Hochschule Harz vor sich?

Prof. Dr. Folker Roland: Aus meiner Sicht liegt die Herausforderung für die Hochschulen darin, dass wir in Zeiten, in denen bundesweit die Zahl der Schulabgänger rückläufig ist, unsere Studierendenzahlen in etwa halten. Wir haben seit vielen Jahren ungefähr 3.000 bis 3.100 Studierende an der Hochschule Harz. Das ist eine gute

Zahl für die beiden Standorte Halberstadt und Wernigerode, diese Zahl würden wir mit attraktiven Programmen gern halten. Das ist momentan die Hauptherausforderung.

Roland Thöricht: Das kann ich nur bestätigen. Die Herausforderung eins ist natürlich, die Studierendenzahl zu halten. Innerhalb der Studierendenschaft eher für technische Studiengänge zu interessieren und dort zu halten, ist die zweite große Herausforderung. Eine dritte, die auch viele Unternehmen trifft, ist das Vorhalten von qualifiziertem Personal. Gut ausgebildetes Personal und ausreichend Bewerber zu bekommen, wird zunehmend schwieriger – sicher aufgrund der demografischen Entwicklungen, aber auch aufgrund der erhöhten Anforderungen. Wenn die Hochschule attraktiv sein und die Studierenden gut ausbilden will, braucht sie aber gutes Personal.

Jetzt hat die Hochschule ein Programm aufgelegt, das zum neuen Semester starten soll. Dabei geht es um ein Orientierungsstudium. Inwieweit kann ein solches Programm bei den geschilderten Herausforderungen helfen?



Fotos: Johannes Grünemeier (2)

➔ **Prof. Dr. Folker Roland:** Wir machen diese Angebote natürlich auch, weil wir hoffen und glauben, dass sie auf Nachfrage stoßen. Aber hier geht es im Moment gar nicht um ganz große Zahlen. Vielmehr wollen wir mit dem Orientierungsstudium den Übergang von der Schule zur Hochschule verbessern. Nach unserer Beobachtung sind sich viele Abiturientinnen und Abiturienten am Ende ihrer Schulzeit trotz vielfältiger Informationen nicht sicher, in welchen Bereich sie gehen wollen. Mit dem neuen Angebot können die jungen Menschen hier ein, zwei Semester studieren, ohne sich am Anfang auf ein Studium festlegen zu müssen. Sie können typische Veranstaltungen aus unterschiedlichen Studiengängen besuchen und dort auch Prüfungen ablegen, um dann zu sehen, welcher Studiengang am besten zu ihnen passt.

Wie wurde diese Idee von den Beschäftigten aufgenommen?

Roland Thöricht: Im Prinzip überwiegend positiv, weil die Hochschule damit unentschlossenen Schulabgängern, die sich noch nicht für ein Studium entschieden haben, die Möglichkeit zum Reinschnuppern bietet. Sie müssen sich dabei nicht auf das Studium A oder B festlegen, sondern können erstmal in die Hochschule reinschauen und dann entscheiden, welcher Studiengang sich als geeignet erweist. Unsere Intention ist, dass sie dann an unserer Hochschule bleiben. Die Start- und Testphase beginnt jetzt mit 20 bis 30 Studierenden. Wir werden schauen, wie sich dieses Angebot in der Praxis darstellt und bewährt.

Es steht die Novellierung des Landeshochschulgesetzes (LHG) ins Haus. Was erwarten Sie von einer solchen Novellierung?

Prof. Dr. Folker Roland: Wir würden uns an verschiedenen Stellen mehr Flexibilität und Experimentierspielräume wünschen. Hier ist das Orientierungsstudium ein gutes Beispiel, weil es doch ein eher untypisches Format ist und an rechtliche Grenzen stoßen könnte. Das gilt aber auch in anderen Bereichen wie etwa der Akkreditierung. Es gibt Systemakkreditierung, es gibt Programmakkreditierung. Aus meiner Sicht wäre es schön, wenn es etwas dazwischen gäbe, das besser zu kleinen Hochschulen passt. Das LHG könnte solche Experimente stärker unterstützen. Das betrifft auch die Themen „Wirtschaftliche Betätigung“ und „Anmietung“. Wir haben einen großen Büroraumbedarf. Es gibt im Land aber ein Anmietungsverbot. Über Overhead-Gelder aus Drittmitteln könnten wir Räume für diese Projekte anmieten, müssen uns aber einem relativ aufwändigen Genehmigungsverfahren unterziehen. Bei all dem würden wir uns über größere Flexibilisierung freuen, die sich sinnvoll im LHG verankern ließe.

Es wird im Land auch über die Novellierung des Personalvertretungsgesetzes geredet. Welche Erwartungen, Wünsche, Hoffnungen hat ein Personalrat an die Neuerungen?

Roland Thöricht: Bisher sind wir aus Sicht des Personalrates der Hochschule Harz ganz gut gefahren. Im Großen sehen wir wenig Änderungsbedarf, in Details aber schon. So gibt es im Paragraphen 99 eine Ausschlussklausel, nach der der Personalrat für bestimmte wissenschaftliche Mitarbeiter bei Fragen der Einstellung und Eingruppierung nicht zuständig ist. Ganz verständlich ist es für uns nicht, warum diese Ausschlussklausel dort enthalten ist. Der Personalrat ist im Beteiligungsrecht eigentlich für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zuständig, für einen Teil der Beschäftigten, zumeist aus dem Drittmittelbereich, soll das aber nicht der Fall sein. Das verwundert umso mehr, als wir in anderen Belangen wie etwa im sozialen Bereich wieder für diese Beschäftigten zuständig sind. Eine solche anteilige Zuständigkeit fällt uns bei unserer Personalratsarbeit immer wieder mal auf.

Minister Willingmann setzt sich sehr dafür ein, dass die Budgets der Hochschulen anwachsen. So wurden auch aus den BAföG-Mitteln zusätzliche Gelder an die Hochschulen gegeben. Inwieweit helfen diese Mittel vor Ort? Oder gibt es – etwa mit Blick auf die Stellenpläne – andere Probleme, die drängender sind?

Prof. Dr. Folker Roland: Momentan sind wir finanziell gut ausgestattet. Allerdings ist es so, dass der Anteil der zeitlich befristeten Mittel relativ groß ist. Uns als Hochschule würde es helfen, wenn der Anteil der dauerhaft zur Verfügung stehenden Mittel steigt. Die Summe muss insgesamt gar nicht unbedingt höher werden.

Die BAföG-Mittel, die an die Hochschulen ausgegeben wurden, haben uns in diesem Kontext schon sehr geholfen. Bei uns hat das dazu geführt, dass viele Beschäftigte aus der Befristung in ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis überführt werden konnten. Die Mittel dafür haben wir bei uns innerhalb kürzester Zeit verplant.

Roland Thöricht: Das kann ich auch bestätigen. Der Personalrat setzte sich in der Vergangenheit und wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, mehr Dauerstellen zu schaffen und damit die unsäglichen Befristungen abzubauen. Durch die zusätzlichen Mittel sind an der Hochschule Harz etwa eine Million Euro mehr in die dauerhafte Finanzierung geflossen. An vielen Stellen konnten so Verwaltungs- und Daueraufgaben mit unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen abgedeckt werden. Vorher musste immer wieder viel gerechnet werden, jetzt sind wir etwas freier bei der Mittelvergabe und können so vielen Beschäftigten auch eine langfristige Perspektive bieten.

Dazu noch eine Nachfrage: Zu Beginn der Legislaturperiode gab es das Versprechen, dass die Tarifsteigerungen wieder komplett vom Land übernommen werden sollen. Bisher müssen zehn Prozent dieser Steigerungen von den Hochschulen selbst getragen werden. Gab es einen Austausch zwischen Personalrat und Hochschulleitung, inwieweit dieser aufwachsende Eigenanteil zu kompensieren ist?

Roland Thöricht: Die Höhe der aus den eigenen Mitteln zu finanzierenden Steigerungen ist recht klar. Hier hatten wir mit der Hochschule schnell ein Einvernehmen, dass die fehlenden zehn Prozent durch nicht abfließende Gelder bei den Personalausgaben aufgefangen werden. Ich denke dabei etwa an spätere Stellenbesetzungen oder krankheitsbedingte Ausfälle. Dennoch ist es natürlich sehr zu begrüßen, wenn die Tarifsteigerungen zukünftig voll vom Land finanziert werden.

Eine etwas anders gelagerte Frage: Wie sehen Sie die Situation bezüglich der Gleichstellung zwischen Frau und Mann an der Hochschule Harz? Gibt es da Probleme oder Schwierigkeiten bei Berufungsverfahren, bei Stellenbesetzungen generell?

Prof. Dr. Folker Roland: Das Thema nimmt bei uns eine wichtige Rolle ein, es ist auch im Rektorat direkt verankert. In diesem Zusammenhang haben wir bei uns eine halbe Mitarbeiterinnenstelle geschaffen, damit die Begleitung dieses Themas weiter professionalisiert werden kann. Auch die Gleichstellungsbeauftragten der Hochschule und der Fachbereiche werden dadurch unterstützt. Durch diese hohe Priorität und gute Zusammenarbeit gibt es erkennbar weniger Konfliktbereiche innerhalb der Hochschule.

Roland Thöricht: An der Hochschule gibt es in allen Bereichen und für die gesamte Einrichtung gewählte Gleichstellungsbeauftragte, die für vier Jahre engagiert arbeiten. Durch die erwähnte halbe Stelle kann sich um alle Belange besser und dauerhaft gekümmert werden. Der Personalrat ist ständig im Gespräch mit den Gleichstellungsbeauftragten und achtet darauf, dass für Frauen Qualifizierungsangebote gemacht werden und sie auch höher dotierte Stellen annehmen. Es gibt hier einen offenen Austausch.

Prof. Dr. Folker Roland: Ich möchte noch ergänzen, dass auch die studentischen Vertreterinnen und Vertreter hier eingebunden sind. Wir haben in vielen Bereichen einen sehr hohen Frauenanteil, womit das Thema des einvernehmlichen Umgangs miteinander nicht nur auf der Ebene der Beschäftigten relevant wird, sondern alle Mitglieder der Hochschule betrifft. Da sind wir auch mit den studentischen Initiativen in engem Austausch.

Zum Abschluss noch: Wenn die Schmalspurbahn vor der Hochschule hielte und eine Hexe mit der Frage auf Sie zukäme, welchen Wunsch Sie für die Zukunft hätten, wie würde der lauten?

Prof. Dr. Folker Roland: Der Wunsch auf finanzieller Seite wäre wie erwähnt, dass wir real mehr dauerhafte Mittel bekommen. Da fiel vorhin auch das Stichwort mit den zehn Prozent. Es sollten also keine weiteren Budgetabsenkungen stattfinden, etwa dadurch, dass nur ein Teil der Zahlungen kompensiert wird. Zudem würden wir gern unsere Kooperation mit der Region in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht ausbauen. Hochschulen wie unsere sind wichtige Spieler im Innovationstransfer aber auch im kulturellen und wirtschaftlichen Bereich. Dies würden wir zur Weiterentwicklung der Region zukünftig gern weiter in den Mittelpunkt stellen.

Roland Thöricht: Als Personalrat wünsche ich mir, dass wir auf dem bisherigen Niveau mit den gegenwärtigen Studierendenzahlen weitermachen können. Aus meiner Sicht ist dies Herausforderung genug, weil dies unmittelbar mit der Sicherung der Arbeitsplätze zusammenhängt. Diese Kontinuität für die Hochschule und die Beschäftigten würde ich mir wünschen.

Hochschulfinanzierung: Projektmittel führen zu Unsicherheit

Als Personalrätin der Hochschule Merseburg fällt mir schon seit längerer Zeit ein Trend bei der Finanzierung der Hochschulen auf, den ich aus meiner Wahrnehmung etwas genauer mit den Auswirkungen auf die Beschäftigten schildern möchte. Bei der Finanzierung der Hochschulen ist zu beobachten, dass der Anteil der Projektgelder stetig bei einem stagnierenden Haushaltsbudget (Zuweisung der Finanzmittel aus dem Landeshaushalt) steigt.

Um das näher zu erläutern, soll die Art der Projekte etwas genauer angesehen werden. Zu Beginn der 90er Jahre waren Projekte an den Hochschulen fast ausschließlich Projekte zur Lösung einer wissenschaftlichen Fragestellung. Es waren Forschungsprojekte im Rahmen von öffentlichen Förderungen, z.B. der DFG oder Auftragsforschung für Unternehmen oder Institutionen. Für den Projektzeitraum wurden Mitarbeiter befristet eingestellt. Im Projektzeitraum erfolgte die Lösung der Aufgabe und im positiven Fall war damit eine Promotion des befristet beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeiters verbunden und das Projekt war abgeschlossen. Diese Art der Projekte gibt es weiterhin an den Hochschulen, aber auch andersartige sind dazugekommen. Das sind Projekte, die nicht mit einem Ergebnis abgeschlossen sind, sondern entsprechend der Projektaufgabe einer unbefristeten Finanzierung bedürfen.

Zu einem solchen Projekt gehört das schon seit etlichen Jahren an der Hochschule Merseburg laufende Schülerprojekt „Chemie zum Anfassen“. Ziel dieses Projektes ist es, das Interesse und die Begeisterung der Schüler*innen an MINT-Fächern, insbesondere am Fach Chemie zu wecken. Dieses Angebot besteht für Schüler*innen der unterschiedlichsten Klassenstufen. Grundschüler*innen und Schüler*innen von Sekundarschulen und Gymnasien experimentieren selbst an modern ausgestatteten eigens für dieses Projekt entstandenen Laborarbeitsplätzen der Hochschule. Fast täglich ist mindestens eine Schülergruppe anwesend. Innerhalb eines Jahres besuchen in etwa 8.000 Schüler*innen das Schülerlabor.

Seit 1997 gibt es das Schülerlabor und läuft das Projekt in mehreren Phasen. Da die Interessenförderung von Schülern an MINT-Fächern nicht eine kurzfristige Aufgabe ist, wurden seitens des Prorektors für Studium und Lehre Anstrengungen unternommen, das Projekt immer wieder fortzuführen und dafür öffentliche Fördergelder einzuwerben. Neben öffentlichen Fördermitteln wird das Projekt hauptsächlich durch Sponsoring – die Sponsoren sind in der Regel Unternehmen der Chemiebranche der Region, die Nordostchemie – aber auch durch Lotto-Toto-Mittel finanziert. Die öffentlichen Fördermittel wurden im Projektverlauf aber immer wieder gekürzt und

Sponsorengelder stellen keine verlässliche Planungsgrundlage dar. Für das Betreiben des Schülerlabors ist entsprechendes Personal notwendig, da das Durchführen von Schülerexperimenten eine fachlich kompetente und ausreichende Aufsicht erfordert. Im Projekt sind vier Beschäftigte an der Hochschule angestellt. Nur die Leiterin des Projektes hat eine Festanstellung, die drei Laborantinnen haben seit ca. zehn Jahren immer wieder nur befristete Teilzeitverträge mit unterschiedlichem Beschäftigungsanteil erhalten, bei denen in der Regel das Teilzeitebene abgesenkt wurde. Zurzeit liegt dieses unterhalb von 50 Prozent. Nur durch die Unterstützung ehrenamtlicher Mitarbeiter*innen kann das Projekt weiterhin durchgeführt werden und somit einer hohen Zahl an Schülern das Experimentieren ermöglicht werden.

Versuche des Personalrats, eine unbefristete Beschäftigung für die drei immer wieder befristet angestellten Laborantinnen zu erreichen, sind gescheitert. Zur Begründung wird von der Hochschulleitung angeführt, dass die Projektaufgaben keine Aufgaben der Hochschule sind und dass die entsprechenden Stellen nicht vorhanden sind. Diese unbefriedigende Personalsituation hat zum Glück noch nicht zu Frustration bei den Beschäftigten geführt und somit werden alle Projektteilnehmer*innen hervorragend betreut.

Aus meiner Sicht besteht die Gefahr der prekären Beschäftigung auch in naher Zukunft bei anderen Projekten, z.B. zur Weiterbildung oder zum digitalen Lehren und Lernen, die sich zurzeit noch in der vollen finanziellen Förderung befinden. Da es sich bei diesen Projekten ebenfalls um langfristige Aufgaben handelt, wird durch befristete Vertragsverlängerungen das Projektpersonal an der Hochschule beschäftigt, obwohl ein unbefristetes Arbeitsverhältnis aufgrund der langfristigen Aufgaben abzuschließen wäre.

Projekttträger sollten nur wirkliche Projekte fördern, also Projekte, deren Aufgaben in der Projektlaufzeit auch abgeschlossen werden. Bei Überführung der Projektaufgaben in Daueraufgaben für die Hochschulen ist vor Projektbeginn zu vereinbaren, wie diese nach Ablauf der Projektdauer fortgeführt werden können, d.h. auch unbefristete Einstellung von Personal möglich wird. Neue Aufgaben können auch ohne Projekte von den Hochschulen realisiert werden, in dem den Hochschulen über Zielvereinbarungen neue zusätzliche Aufgaben übertragen werden und gleichzeitig entsprechend der Aufgaben die Zuweisungen in die Hochschulhaushalte erhöht werden. Dann sind auch Einstellungen in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse möglich und der Aufwand zur Verwaltung der finanziellen Projektmittel wäre deutlich reduziert.

Dr. Susanne Fiedler



Dr. Susanne Fiedler ist Lehrkraft für besondere Aufgaben an der Hochschule Merseburg und Vorsitzende des Personalrats der Hochschule.

Novellierung des Personalvertretungsrechts in Sachsen-Anhalt: Was lange währt, wird nicht immer gut

Im Koalitionsvertrag von 2016 zwischen CDU, SPD und Grünen¹ war vereinbart worden, „das Personalvertretungsgesetz mit Blick auf den Personalabbau und die Umstrukturierungen in den öffentlichen Verwaltungen moderner und flexibler auszugestalten. Hierzu werden wir

- die Freistellungsgrenze für die Mitglieder des Personalrates von bisher 300 Beschäftigten auf 250 Beschäftigte herabsetzen,
- die Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte als Beratungsgremium im Gesetz verankern und
- die Wahl des Vorstandes des Personalrats gerechter ausgestalten, indem alle im Personalrat vertretenden Gruppen chancengleich berücksichtigt werden.“

Nach zweijährigen internen Beratungen hat die Landesregierung im Juni 2018 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes in den Landtag eingebracht (Drucksache 7/2990). Die tatsächlichen Neuerungen im vorgelegten Entwurf sind streng an den genannten drei Punkten orientiert und gehen über diese kaum hinaus.

Dass es nun keine Erweiterungen der Personalbeteiligung zu den oben zitierten „Personalabbau“ und zu „Umstrukturierungen“ geben soll, könnte man so deuten, dass Beides in der Zukunft nicht vorgesehen ist. Das wäre ja zu begrüßen, denn die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Sachsen-Anhalt haben derartige Prozesse zur Genüge durchmachen müssen.

Um die „öffentlichen Verwaltungen moderner und flexibler auszugestalten“, bedarf es mehr zeitgemäßer Elemente als sie für das Gesetz vorgesehen sind.

Derzeit ist zu befürchten, dass die Chancen für ein modernes Personalvertretungsrecht in Sachsen-Anhalt vertan werden. Bedenklich stimmt, dass aus dem zuständigen Ministerium der Finanzen Arbeitspapiere bekannt sind, die deutlich fortschrittlichere Änderungsvorschläge beinhalteten. Hätte die Landesregierung den Entwurf aus dem Jahr 2017 in den Landtag eingebracht, dann würden die kritischen Äußerungen wesentlich geringer ausfallen.

In einer Presserklärung² erklärte Finanzminister André Schröder: „Die Personalvertretungen und Gewerkschaften werden den Entwurf vielleicht nicht als großen Wurf bezeichnen. Ich sage dazu, dass inhaltlich sicherlich immer mehr geht, aber wir haben das geschafft, worauf sich jahrelang keine Landesregierung einigen konnte und haben mit diesem Entwurf insbesondere auch aufgestauten Änderungsbedarf umgesetzt, der allein aufgrund der zwischenzeitlichen rechtlichen Entwicklung entstanden war.“

Herr Schröder muss sich nicht dafür entschuldigen, dass sich die vorigen Landesregierungen nicht auf ein neues Gesetz einigen konnten. Aber er und die gegenwärtige Landesregierung werden gefragt werden, warum sie nicht mehr Mut hatten, Demokratie in den Dienststellen zu gestalten.

In den folgenden Ausführungen möchten wir uns auf den Bereich der Personalräte an Hochschulen konzentrieren. Des Weiteren

¹ https://www.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/StK/Dokumente/Koalitionsvertrag2016-2012.pdf

² Ministerium der Finanzen – Pressemitteilung Nr. 031/2018; Magdeburg, den 30. Mai 2018; „Neues Personalvertretungsgesetz für die öffentliche Verwaltung“





© WWW.SW-KOMMUNIKATION.NET

und des Rates vom 11. März 2002 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 80 vom 23.3.2003, S. 29), geändert durch Richtlinie (EU) 2015/1794 (ABl. L vom 8.10.2015, S. 263)“.

Hieran haben wir großen Zweifel, denn in der genannten Richtlinie liest man: „Der auf nationaler Ebene bestehende rechtliche Rahmen, durch den eine Einbeziehung der Arbeitnehmer in die Unternehmensabläufe und in Entscheidungen, die die Beschäftigten betreffen, sichergestellt werden soll, konnte nicht immer verhindern, dass Arbeitnehmer betreffende schwerwiegende Entscheidungen getroffen und bekannt gemacht wurden, ohne dass zuvor angemessene Informations- und Anhörungsverfahren durchgeführt worden wären“ (Absatz 6). Erinnert sei hier daran, dass die Landesregierung Sachsen-Anhalts über Jahre hinweg Personalentwicklungskonzepte mit erheblichem Einfluss auf die Beschäftigten (Abbau von zehntausenden Stellen) ohne jegliche Einbeziehung der Personalvertretungen entwickelt und umgesetzt hat.

Entsprechend der Richtlinie ist es „insbesondere notwendig, die Unterrichtung und Anhörung zu Beschäftigungssituation und wahrscheinlicher Beschäftigungsentwicklung im Unternehmen ... zu verbessern“ (Absatz 8).

Letztendlich sei „eine rechtzeitige Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer eine Vorbedingung für die erfolgreiche Bewältigung der Umstrukturierungsprozesse und für eine erfolgreiche Anpassung der Unternehmen an die im Zuge der Globalisierung der Wirtschaft – insbesondere durch die Entstehung neuer Formen der Arbeitsorganisation – geschaffenen neuen Bedingungen“ (Absatz 9).

Da irritiert die Aussage der Landesregierung in der Gesetzesbegründung: „Soweit die Richtlinie Dienststellen im Geltungsbereich des PersVG LSA erfasst, wird eine ihren Anforderungen entsprechende Unterrichtung und Anhörung der Personalräte bereits durch das geltende Personalvertretungsrecht erreicht“ dann schon erheblich.

Im genannten Gesetzesentwurf gibt es auch kleine Änderungsvorschläge mit großen Auswirkungen, welche in bestimmten Fällen die Arbeit der Personalräte erschweren können. Der neuformulierte Paragraph 57 Absatz 4 soll folgende Regelung erhalten: „Einem vom Personalrat benannten Mitglied ist die Teilnahme zu gestatten ... bei Vorstellungs- oder Eignungsgesprächen der Dienststelle im Rahmen von Auswahlverfahren zur Vorbereitung mitbestimmungspflichtiger Maßnahmen.“ Hier hieß es bisher anstelle „Mitglied“ „Beauftragter des Personalrats“. So konnten z.B. Ersatzmitglieder beauftragt werden, an Vorstellungsgesprächen teilzunehmen. In Dienststellen mit vielen Personalbewegungen, z.B. den Universitäten, könnte dann allein durch die Vielzahl von Vorstellungsgesprächen der gesamte Personalrat gebunden werden.

Ebenfalls praktisch nicht handhabbar ist die vorgesehene Formulierung in einem neu geschaffenen Paragraph 57a (Absatz 3): „Personenbezogene Daten in Niederschriften sind spätestens am Ende des fünften Jahres ab der Speicherung zu löschen.“ Wie dies bei beispielweise wöchentlich stattfindenden Sitzungen mit bis zu 60 Personalfällen funktionieren soll, erscheint völlig unklar. Auch bleibt offen, ob die so erzeugten Restprotokolle aufbewahrt werden sollen.

Dagegen sehen die Personalräte in der Fortgeltung des Paragraphen 99 Absatz 2 eine Benachteiligung der dort genannten Beschäftigtengruppen. Darin ist festgelegt, dass es für „ganz oder teilweise aus Drittmitteln bezahlten wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter sowie Lehrkräfte für besondere Aufgaben an Hochschulen und nichthabilitierten wissenschaftlichen Mitarbeiter an Forschungsstätten“ keine Mitbestimmung bei der Einstellung, Eingruppierung, Kündigung etc. gibt. Hier wäre es auch im Sinne des bereits zitierten Koalitionsvertrages ein richtiger Schritt in Richtung der Vermeidung prekärer Arbeitsverhältnisse zu gehen und die Einschränkung aufzuheben. Personalräte sind die Interessensvertretungen aller Mitarbeiter der Hochschulen. Anstelle dessen sollte eine Beteiligung der Personalräte bei der Erstellung von Zielvereinbarungen aufgenommen werden.

Fazit: Im Gesetzesentwurf werden missverständliche Formulierungen korrigiert und an einigen Stellen die Rechtsprechung umgesetzt. Es gibt leichte Verbesserungen bei den Freistellungen. Die Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte bekommt eine Rechtsgrundlage. Dafür gibt es Neuerungen, bei denen die Arbeit der Personalräte erschwert wird. Wirklich dringende Probleme aus der täglichen Praxis werden nicht angegangen.

Axel Bachner, Bertolt Marquardt

➔ stellen die Ausführungen keine komplette Stellungnahme zum Entwurf dar.

Schaut man sich den Gesetzentwurf genauer an, stellt man fest, dass es bei der Mitbestimmung nur eine Erweiterung geben soll: „Ausdehnung der Mitbestimmung bei der Ablehnung von Tele- und Heimarbeit, sofern keine Dienstvereinbarung anderes regelt.“ Jedoch für die Personalräte sind die größten Mängel am bestehenden Gesetz nicht nur fehlende Mitbestimmungstatbestände bei den personellen Einzelmaßnahmen, wie z.B. der Stufenzuordnung im Falle der Gewährung förderlicher Zeiten, sondern vor allem die weiterhin fehlende Beteiligung der Personalräte in strategischen Fragen: Haushaltsplanung, Personalplanung, Personalentwicklung, Das heißt, die Einbeziehung der Personalräte im Vorfeld von Entscheidungen, die sich auf das Personal auswirken, ist im bestehenden Gesetz unzureichend abgebildet. Dabei geht es nicht ausschließlich um die tatsächliche Mitbestimmung, sondern häufig um Beteiligung, Informationen oder um die Möglichkeit einer Stellungnahme.

Zu den verbesserungswürdigsten Regelungen im jetzigen Personalvertretungsgesetz gehört der Paragraph 57. Im Absatz 3 ist darin vorgesehen, dass Personalräte „von Anfang an über Planungsgruppenarbeit, die sich mit Arbeitsbedingungen und Arbeitsorganisation befasst, umfassend zu informieren“ sind. „In die Vorlage für eine verwaltungsinterne Entscheidung ist der Standpunkt der Personalvertretung einzubeziehen“. Die Einschränkungen auf „Arbeitsbedingungen, Arbeitsorganisation“ und „Planungsgruppenarbeit“ führen zur praktischen Nichtanwendung dieser Regelung. So wurden über Jahre hinweg zum Beispiel im Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung einfach keine „Planungsgruppen“ eingerichtet. Dem dortigen Hauptpersonalrat ist jedenfalls in keinem Fall die Existenz solcher Planungsgruppen bekannt gegeben worden. Und es gibt auch fast keine verwaltungsinternen Vorlagen, zu denen der Standpunkt der Personalvertretung erwünscht ist. Allein hier muss bei einer Novellierung eine praktikable Lösung formuliert werden. In dem bereits erwähnten Arbeitsentwurf aus dem Jahr 2017 waren recht umfassende Änderungen zum Paragraphen 57 vorgesehen. Das Informationsrecht des Personalrates war auf „alle Organisationsangelegenheiten, soweit sie die Arbeitsbedingungen und Arbeitsorganisation betreffen ...“ ausgedehnt. Neu war auch die rechtzeitige Erörterung zu Beförderungsrichtlinien und behördlichen Personalentwicklungskonzepten und einer Aufgabenübertragung an Dritte (Privatisierung). Obwohl es sich hier lediglich um Beteiligung und nicht um Mitbestimmung handelte, hatte die Landesregierung nicht den Mut zur Vorlage dieser Entwürfe.

In der Einleitung zum Entwurf des Gesetzes, welches nun dem Landtag vorliegt, erklärte die Landesregierung: „Dieses Gesetz dient auch der Umsetzung der Richtlinie 2002/14/EG des Europäischen Parlaments



Axel Bachner
(Bild oben) ist stellvertretender Vorsitzender im Hauptpersonalrat beim Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung.

Bertolt Marquardt
(Bild unten) ist Mitglied im Hauptpersonalrat beim Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung sowie Vorsitzender des Personalrates der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Lehrerbildung in Sachsen-Anhalt: Rückblick – Situation – Perspektiven

„Der Lehrkräftemangel nimmt zu. Guter Unterricht kann vielerorts immer weniger gewährleistet werden“, „Einstellungen zum Schuljahresstart: Regierung bleibt weit hinter eigenen Ansprüchen zurück“ oder „Seiteneinsteiger in den Schuldienst: Immer mehr Lehrkräfte ohne Lehramt“ – das waren Schlagzeilen in der September-Ausgabe von „Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt“. So oder ähnlich titelten auch andere Zeitungen im Bundesland.

Schlechte Nachrichten zum Schuljahresbeginn, die das (vorläufige) Ende einer Entwicklung bedeuten, die sich über viele Jahre vollzogen hat. Indes ist die nunmehr eingetretene Situation für viele der Akteure, die an den Schulen oder Universitäten unseres Bundeslandes tätig sind oder waren, keine Überraschung. Vielmehr wird schmerzhaft deutlich, welche Konsequenzen aus der Ignoranz von politischen Entscheidungsträgern hinsichtlich der begründeten Warnungen von GEW und anderen Verbänden resultieren.

Ein Blick zurück

Aufgrund des deutlichen Rückganges der Studierendenzahlen in den Lehramtsstudiengängen Mitte der 1990er Jahre – als Reaktion auf so gut wie keine Übernahmekancen in den Schuldienst und insbesondere den MINT-Bereich betreffend – erfolgte ein „Anpassung der Personalstellen“ in den Fachdidaktiken. Dabei wurden Professuren „umgewidmet“ (z.B. Chemie) bzw. nicht wiederbesetzt und Stellen im akademischen Mittelbau reduziert. Vom generellen Stellenabbau an der MLU Halle-Wittenberg waren die Fachdidaktikbereiche überproportional betroffen. Im Ergebnis dieser Entwicklung waren im Wintersemester 2009/2010 nur noch acht Professuren in den Fachdidaktiken besetzt.

Mit einer „Gemeinsamen Ergänzungsvereinbarung über die universitäre Lehrerausbildung zwischen dem Kultusministerium und der MLU und der OvGU“ vom Juni 2005 wurde das Ende der Lehrerausbildung für allgemeinbildende Schulen in Magdeburg und das Absenken der Studienplätze von 1.000 auf 560 bis 630 Studienanfänger pro Jahr beschlossen.

Parallel zu dieser Entwicklung traten in anderen Bundesländern bereits Schwierigkeiten bei der Absicherung des Unterrichts an bestimmten Schulformen und in verschiedenen Fächern auf. Folglich widmete sich die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) im Jahre 2006 dieser Problematik und veröffentlichte eine „Empfehlung zur Zukunft der Lehrerbildung in den Hochschulen.“¹ In diesem Papier heißt es u.a.: „Zur professionellen Lehrerbildung tragen alle für den Lehrerberuf typischen Disziplinen bei, das sind die Fachwissenschaften, die Fachdidaktiken sowie die Bildungswissenschaften. Sie alle müssen vertreten sein, wenn Lehrerbildung angeboten wird, und zwar ausnahmslos als forschungsfähige Disziplinen [...]“

Ein dringender Bedarf an Einrichtung und Absicherung besteht vor allem für die Fachdidaktiken. Die Bildungsforschung insgesamt, eingeschlossen die Forschung über Konzepte der Lehrerbildung und ihre Wirksamkeit, muss dringend gestärkt werden, auch als Element der Qualitätssicherung der Lehrerbildung. Insbesondere eine starke Evaluationsforschung ist nötig, um eine wirkliche Outputsteuerung der Lehrerbildung durchzusetzen. Dementsprechend muss Lehrerbildungsforschung stets sowohl mit der schulischen Praxis als auch mit Organisation und Steuerung der Lehrerbildung selbst rückgekoppelt werden. Dazu sollen im Rahmen der Möglichkeiten regelmäßig Praktikerinnen und Praktiker als Forscherinnen und Forscher auf Zeit einbezogen werden.“ (S. 13 und S. 18)

Im Jahre 2009 beschäftigte sich der Landtag von Sachsen-Anhalt erstmals ausführlich mit dem sich abzeichnenden Lehrkräftemangel. Dabei wurde deutlich, dass die Planungen der Landesregierung von viel zu geringen Bedarfszahlen ausgingen. Die Sparpläne des Finanzministers bestimmten die Entscheidung des Kabinetts.

Es war nur konsequent, dass die GEW im Februar 2010 zu einem Kolloquium „Lehrerbildung in und für Sachsen-Anhalt“ einlud. Die Vorschläge unserer Gewerkschaft zur Lehrerbildung sind unter dem Titel „Schaden begrenzen – unverzüglich handeln!“² zusammengefasst. Darin wird u.a. „die Stärkung der Fachdidaktiken und Bildungswissenschaften mit dem Ziel, die Lehrerausbildung weiter zu qualifizieren und eine empirische Unterrichtsforschung zu entwickeln, die Verstärkung der Kooperation von Fachwissenschaften und ihren Didaktiken sowie den Bildungswissenschaften und den Ausbildungsschulen mit dem Ziel, die Lehramtsstudiengänge und Studieninhalte stärker an der Schulpraxis auszurichten“ (S. 10) gefordert.

Ferner wurden sehr konkrete Forderungen hinsichtlich der Ausbildungskapazitäten (1.200 Studienplätze im ersten Studienjahr, davon

mindestens 300 für Grundschullehrkräfte), der Einstellungsbedarfe als Grundlage kontinuierlicher Struktur- und Kapazitätsanpassungen sowie zur Lehramtsausbildung an der OvGU Magdeburg (Wiedereinführung geeigneter Fächerkombinationen für die Lehramter an allgemeinbildenden Schulen) erhoben.

Auch der Verband zur Förderung des MINT-Unterrichts (MNU e.V.) hat sich seit 2010 kontinuierlich mit der Situation der Lehramtsausbildung in unserem Bundesland auseinandergesetzt. Auf aus der Sicht des Verbandes offenkundige Fehlentwicklungen wurde in Schreiben an den Rektor und an den Prorektor für Studium und Lehre der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie an die zuständigen Minister aufmerksam gemacht. Da nachhaltige Reaktionen jedoch ausblieben, wandte sich der Verband 2013 gemeinsam mit den Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden Sachsen-Anhalt e.V. (AWSA) sowie dem Verein Deutscher Ingenieure e.V. (VDI) an die Öffentlichkeit („MI(N)T-Verantwortung für unser Land“ – Positionen zur Schulqualität, Berufs- und Studienorientierung sowie Lehrerbildung. Magdeburg 2013)³.

Darin fordern die Unterzeichner u.a., dass für die Didaktik der Chemie eine Hochschullehrerstelle einzurichten ist. Ferner wird die Forderung aufgemacht, Qualifikationsstellen für junge Lehrkräfte bereitzustellen, um den wissenschaftlichen Nachwuchs in den Didaktiken langfristig zu sichern. Außerdem sollen Studienplätze in den MINT-Fächern in einer solchen Größenordnung bereitgestellt werden, dass der abzu-sehende Bedarf an Lehrkräften dieser Fächer in allen Schulformen im Land Sachsen-Anhalt gesichert werden kann (S. 4).

2014 richtete der MNU-Landesverband einen offenen Brief an den Rektor der MLU⁴.

Mit Verweis auf die vom „Nationalen MINT Forum“ – einem Gremium, dem anerkannte wissenschaftliche Einrichtungen, bedeutende Wirtschaftsverbände und Vereinigungen sowie Stiftungen aus ganz Deutschland angehören – veröffentlichten „Zehn Thesen und Forderungen zur MINT-Lehrerausbildung“⁵, werden nochmals die brennenden Probleme benannt. Mit Bezug auf die These, dass jedes Fach, das Lehrkräfte ausbildet, auch über mindestens eine reguläre, ausgezeichnet ausgestattete Professur für Fachdidaktik verfügen muss, wird die Situation im Fach Chemie beschrieben:

„An der halleschen Universität erfolgte indes vor einigen Jahren die ‚Umwidmung‘ der C4-Professur Chemiedidaktik in eine ‚Fachprofessur‘, womit bewusst in Kauf genommen wurde, dass in unserer Region auf lange Sicht die gegenwärtig noch guten Schülerleistungen verloren gehen werden. – Im bundesweiten Ländervergleich der Neuntklässler belegten 2013 Sachsen-Anhalts Schüler in Chemie Platz zwei und in Physik Platz drei.“

In den Begründungen seitens des Kultusministeriums für dieses außerordentlich gute Ergebnis kann man finden, dass wir (noch) von den in den 1980er Jahren in den Naturwissenschaften gut ausgebildeten Lehrern profitieren. Diese Fachleute sind aber mittlerweile fast alle zwischen 50 und 60 Jahre alt [...]“

Der MNU-Landesvorstand hat in [...] Schreiben stets den universitäts-internen NC für die Chemielehrerausbildung (seit mehreren Jahren: 5 Studienplätze für LA an Sekundarschulen und 5 Studienplätze für LA an Gymnasien) massiv kritisiert, ohne aber Gehör zu finden.“

Für den Verband war es ein erfreuliches Signal, dass mittlerweile Korrekturen am Chemie-NC vorgenommen worden sind, ohne jedoch die Problematik der vakanten Professur gelöst zu haben.

Einige Aspekte der aktuellen Situation

Ende Januar 2018 befasste sich der Landtag abschließend mit den Forderungen der Volksinitiative „Den Mangel beenden! – Unseren Kindern Zukunft geben!“, die ja seitens der GEW engagiert unterstützt worden war. Im Rahmen der Debatte kündigte Bildungsminister Tullner die Neueinstellung von 1.000 Lehrkräften noch in diesem Kalenderjahr an.

Nachdem eine Expertenkommission der Landesregierung Berechnungen zum Lehrkräftebedarf und Schlussfolgerungen für die Ausbildung von Lehramtskandidaten vorgelegt hatte, änderten sich generell die Positionen der zuständigen Minister. Dies wurde u.a. bei einer Podiumsdiskussion in Halle im Februar 2018 deutlich. Unter dem Titel „Quo vadis Lehramtsausbildung an der MLU?“ diskutierten die Minister Tullner und Willigmann in der vollbesetzten Aula mit Vertretern der MLU, der GEW sowie mit den Akteuren – Lehrenden und Studierenden.

Minister Tullner zeigte sich in der Diskussion besorgt über den Fakt, dass 2030 von den Lehrkräften, die heute aktiv sind, nur

Quellen:

- ¹ Empfehlung zur Zukunft der Lehrerbildung in den Hochschulen. Entschließung des 206. Plenums der Hochschulrektorenkonferenz. Bonn 2006.
- ² Schaden begrenzen – unverzüglich handeln! Vorschläge der GEW zur Gestaltung der Lehrerausbildung in Sachsen-Anhalt. Magdeburg 2010
- ³ <http://www.mnu.de/blog-landesverband-sachsen-anhalt/200-mnu-position>
- ⁴ <http://www.mnu.de/blog-landesverband-sachsen-anhalt/199-offener-brief>
- ⁵ www.nationalesmintforum.de/uploads/media/MINT1_web_und_print.pdf



© WWW.SW-KOMMUNIKATION.NET

→ noch 37 Prozent im Dienst sein werden. Aus diesem Grunde soll nach einer zum Wintersemester 2017/2018 erfolgten Erhöhung der Erstsemesterplätze auf 700 eine weitere Steigerung auf 800 Immatrikulationen zum Wintersemester 2018/2019 die Zielgröße sein. In diesem Kontext forderte der Rektor von der Landesregierung finanzielle Zuweisungen für Personal und Räumlichkeiten. Da im Ergebnis der erfolgten Stellenausschreibungen sehr bald deutlich wurde, dass nicht genügend Bewerbungen eingingen, musste die Landesregierung reagieren. Sie wählte den Weg, den bereits andere Bundesländer Jahre vorher vollzogen hatten: Öffnung der Schulen für Quer- und Seiteneinsteiger. In diesem Kontext erfolgte auch die Novellierung des Schulgesetzes. Dass die Zeit drängte, wurde u.a. an der auf zwei Wochen verkürzten Anhörungszeit deutlich. Die seitens der SPD-Fraktion erfolgte Aufforderung an alle an der Bildung Beteiligten, sich dennoch an der Diskussion zu beteiligen, kam auch der MNU-Landesvorstand nach. In einem an Minister Tullner gerichteten Schreiben wird nachdrücklich die Position vertreten, dass ein grundständiges Lehramtsstudium unverzichtbar ist und der typische Weg für zukünftige Lehrerinnen und Lehrer bleiben muss. Dafür müssen jedoch unverzüglich die notwendigen Kapazitäten an der MLU bereitgestellt werden. Aus Verbandssicht besteht ein Schwerpunkt darin, die schulpraktischen Bezüge – so wie diese in den Studienordnungen festgelegt sind – zu realisieren und gegebenenfalls auszuweiten. In diesem Zusammenhang wird in dem Brief darauf aufmerksam gemacht, dass bei Kapazitätsengpässen an den Ausbildungsschulen im Raum Halle über eine Verlagerung der Lehramtsausbildung in andere Regionen unseres Bundeslandes entschieden werden muss. Der Verband vertritt ferner die Auffassung, dass Quer- und Seiteneinsteiger in den Lehrerberuf für die gegenwärtige Situation an unseren Schulen unverzichtbar sind. Da bundesweit diese Problematik nicht neu ist, hat sich der Landesverband schon seit einigen Jahren mit diesem Thema beschäftigt. Dabei erfolgte ein Austausch über Chancen, aber auch über Risiken dieser Entwicklung: Positiv muss aufgeführt werden, dass die meisten der Quer- und Seiteneinsteiger über Berufs- und Lebenserfahrungen verfügen, die eine echte Bereicherung für die Schulen darstellen können. Gleichzeitig belegen die Erfahrungen aus anderen Bundesländern aber auch, dass ein relativ großer Teil dieser Kolleginnen und Kollegen nach kurzer Zeit wieder aus dem Schuldienst ausscheidet. Mit Beginn des Wintersemesters bildet die OVGU Magdeburg wieder Lehrkräfte für allgemeinbildende Schulen in der Fächerkombination Mathematik/Physik aus. Veränderungen bei der Ausbildung von Lehrkräften – gleich ob in quantitativer oder qualitativer Hinsicht – zeigen erst über einen längeren Zeitraum Wirkung. Folglich begann das Schuljahr 2018/2019 an vielen

Schulen mit Problemen: Unterrichtsausfall, fachfremde Stundenvertretung, Streichen von Fördermöglichkeiten und Reduzierung von Zusatzangeboten.

Notwendige Entwicklungen und Perspektiven

Die für das grundständige Lehramtsstudium an den Universitäten in Halle und Magdeburg notwendigen Kapazitäten sind unverzüglich bereitzustellen. Dabei sind in personeller Hinsicht diejenigen Bereiche auszubauen, in denen bereits jetzt Engpässe bestehen. Das betrifft an der MLU die ganze Breite der Bildungswissenschaften sowie die meisten der Fachdidaktiken. Dabei sollte auch die in den 1990er Jahren praktizierte Umwidmung von Professuren aufgegriffen werden, jedoch jetzt zugunsten der Fachdidaktiken.

Lehramtsstudierende müssen neben dem Fachwissen auch „Professionswissen“ für den Lehrerberuf erwerben. Dazu gehört u.a. die Fähigkeit, komplexe fachliche Inhalte schülergerecht aufzubereiten, sie überschaubar und begreifbar zu machen und sie ansprechend, aber dabei fachlich korrekt zu vermitteln. Außerdem müssen sie die dafür erforderliche Lernumgebung gestalten, d.h. insbesondere das Interesse der Schüler wecken und erhalten.

Die schulpraktischen Studien (SPS) stellen ein zentrales Element der berufswissenschaftlichen Qualifizierung im Rahmen der universitären Ausbildungsphase dar. Die SPS sind Lehr-Lernveranstaltungen, die der Integration von Theorie und Praxis, dem Kennenlernen, Erproben und Reflektieren der Erziehungs- und Unterrichtspraxis dienen. Sie sind in den Formen von schulpraktischen Übungen (SPÜ) und Praktika (Blockpraktika) in allen Studienordnungen festgeschrieben. Da die SPÜ als semesterbegleitendes Kleingruppenpraktikum (vier oder fünf Studierende) durchgeführt werden, sind sie besonders betreuungsintensiv. Der Personalbedarf ist aber

auf der Basis der Studienordnungen und der Studierendenzahlen problemlos zu ermitteln.

Vorschläge, das Kleingruppenformat aufzulösen, sind mit den Zielen der SPÜ und den schulischen Gegebenheiten nicht zu erfüllen.

Wenn derzeit die Betreuung der SPÜ seitens einiger Didaktikbereiche nicht oder nicht vollständig wahrgenommen werden kann, so ist das ein untragbarer Zustand.

Damit die in den Modulbeschreibungen der Lehramtsstudiengänge formulierten Zielstellungen umgesetzt werden können, müssen die Lehrenden in den Fachdidaktiken neben der fachlichen Qualifikation (Staatsexamen, Promotion, Habilitation) auch über solide schulpraktische Erfahrungen verfügen. Daraus kann in einigen Fällen die Notwendigkeit des Nachqualifizierens von Mitarbeitern durch Unterrichtstätigkeiten an den Schulen (Teilabordnung an Gymnasien bzw. Sekundarschulen) resultieren.

Zugleich ist das Einrichten von Promotionsstellen in den Didaktikbereichen zwingend erforderlich. Das könnte z.B. durch eine Teilabordnung von Lehrkräften aus den Schulen erfolgen.

In diesem Kontext muss schnellstens über die Anpassung der Gehälter von angestellten wissenschaftlichen Mitarbeitern an den Universitäten an die Besoldung der verbeamteten Lehrkräfte entschieden werden. In der gegenwärtigen Situation ist der Wechsel von jungen Lehrkräften aus den Schulen in eine akademische Laufbahn höchst unattraktiv! Quer- und Seiteneinsteiger müssen zeitnah die Möglichkeit erhalten, sich in den Bildungswissenschaften und in den Fachdidaktiken zu qualifizieren. Das sollte in einem zum regulären Studium vollständigen Umfang geschehen, d.h. mit etwa 35 Leistungspunkten in Pädagogik/Psychologie bzw. je 15 Leistungspunkten in den Fachdidaktiken. Diese berufsbegleitende Qualifizierung kann praktikabel nur außerhalb von Unterrichtsverpflichtungen geschehen. Bewährt haben sich diesbezüglich Modelle, die eine Stundenreduzierung (15 Unterrichtsstunden an drei Tagen) mit einer Qualifikationsverpflichtung (zwei Tage pro Woche) koppeln.

Für das erfolgreiche Meistern der Anforderungen, die aus der Bildungs- und Erziehungstätigkeit an allgemeinbildenden Schulen resultieren, sind Weiterbildungen in diesem Bereich zwingend notwendig. Andernfalls können negative Erlebnisse in der Unterrichtstätigkeit bewirken, dass das neue Berufsfeld sehr schnell wieder verlassen wird. Die Zahlen aus anderen Bundesländern liefern eindeutige Fakten. Da ein Großteil der Seiteneinsteiger nicht über zwei Fächer verfügt, ist eine Qualifikation für das mögliche Zweitfach ebenfalls erforderlich. Andernfalls sind die in Frage kommenden Lehrkräfte auf Dauer in ihrer Vergütung benachteiligt. Deshalb sollten kurzfristig Weiterbildungsangebote entwickelt werden, die in Kooperation zwischen dem LISA und den Universitäten zu konzipieren sind.

Gerd Riedl

Dr. paed. habil. Gerd Riedl hat an der TU Dresden Diplom-Lehrer für Mathematik und Physik studiert und von 1972 bis 1989 in beiden Fächern unterrichtet. Er war von 1989 bis 2015 Physiklehrer an der MLU Halle-Wittenberg und ist Landesvorsitzender des Verbandes zur Förderung des MINT-Unterrichts (MNU e.V.) sowie Mitglied der GEW-Landesarbeitsgruppe Lehrerbildung.

Lehramtsausbildung an der Otto-von-Guericke-Universität in Magdeburg: Verlässliche Entwicklungen ermöglichen

Bekanntlich sollte die Lehramtsausbildung an der OvGU gänzlich geschlossen werden, weil man ja in unserem Bundesland angeblich kaum noch Lehrerinnen und Lehrer benötigen würde. Trotz großer Widerstände der Regierenden wurde aber die Lehramtsausbildung für die berufsbildenden Schulen erhalten und 2009 kam es zur Wiedereinführung des Lehramtsstudiums an allgemeinbildenden Schulen unter speziellen Voraussetzungen: die Auswahlmöglichkeit an Fächerkombinationen war begrenzt, zudem wurde in Erst- und Zweitfach unterschieden. Wählbare Erstfächer waren und sind die Unterrichtsfächer Technik und Wirtschaft. Als Zweitfächer standen weitere Fächer als Kombinationsmöglichkeit zur Verfügung, so u.a. Ethik, Deutsch oder Sport, während Geschichte und Englisch gestrichen wurden. (→ Übersicht Seite 17)

Neustart mit Mathematik – eine notwendige Wiederbelebung

Mit dem 1. Oktober startet nun zum Wintersemester 2018/19 an der OvGU ein „neuer“ Lehramtsstudiengang – Mathematik an allgemeinbildenden Schulen (Sekundarschule/Gymnasium) mit folgenden „Zweifächern“: Physik, Deutsch, Ethik, Sport oder Sozialkunde.

Das Konzept des neu einzuführenden Studiengangs basiert auf jahrzehntelanger Tradition Magdeburger Mathematiklehrausbildung. Personell gut ausgestattet, steht dieses Studienfach nun als Erst- aber auch als Zweitfach zur Wahl.

Daraus folgt, dass die Erweiterung durch das Fach Mathematik in Kombination mit anderen Fächern einen eigenen Studiengang ausmacht, der sich im Pool der anderen Lehramtsstudiengänge mit Profilschwerpunkten (also Wirtschaft und Technik) wiederfindet. Der in kürzester Zeit wiederbelebte Studiengang ist ein bildungspolitisches Signal in Bezug auf den enormen Lehrkräftemangel an den Schulen. Jeder neue Studiengang – vor allem ein Studiengang im Lehramt – bedeutet eine Investition in die Zukunft und ist ein Ansatz zur Korrektur schwerwiegender Fehler in der Bildungspolitik der Vergangenheit. Den realen aktuellen Bedarf an den Schulen deckt dies jedoch keinesfalls. Mit schnellen Lösungen darf durch neue Studiengänge, Nachjustierungen und Erhöhungen der Studierendenzahlen im Lehramt an den Universitäten des Landes in Halle und in Magdeburg nicht gerechnet werden. Studienanfänger des kommenden Semesters werden erst in frühestens sechs Jahren in den Schulen sein, wenn sie sich denn für einen Vorbereitungsdienst (zweite Ausbildungsphase) in Sachsen-Anhalt entscheiden und ihr Studium ohne Unterbrechungen verläuft.

Stand und Perspektiven

Doch berechtigt scheint die Frage nach der Weiterentwicklung der Lehramtsausbildung an der Magdeburger Universität: Folgen weitere Studiengänge, Fächeröffnungen beispielsweise für bisherige andere Zweifächer? „Schnelle“ Veränderungen in der Lehramtsausbildung sind schon allein wegen administrativer Hürden und Hemmnisse auf ministerieller, universitärer und Verwaltungsebene unrealistisch. Diese Frage richtet sich auch an die Bildungspolitik des Landes. Sollte die Magdeburger Universität schon an die konzeptionelle Vorarbeit gehen?

Die Stärkung der Lehramtsausbildung durch die Einführung der neuen Fächerkombinationen zieht Entwicklungen hochschuldidaktischer Strukturen und Kapazitäten nach sich, deren Entsprechung auch mit einer wirklichen Zunahme an Attraktivität im Lehramtsstudium korrespondieren sollte.

Die Lehramtsausbildung erfolgte und erfolgt im Verbund mit anderen Studiengängen. Ein Student der Betriebswirtschaftslehre (BWL) nimmt beispielsweise an derselben Vorlesung wie Lehramtsstudierende mit dem Fach Wirtschaft teil, ebenso gestaltet es sich in anderen Fächern, welche kaum spezielle Veranstaltungen für das Lehramt in der jeweiligen Fachwissenschaft vorhalten können. Exklusiv den Lehrämtern vorbehalten sind die Lehrveranstaltungen in den Fachdidaktiken, in denen die jeweilige Fachwissenschaft unter dem Aspekt schulischen Lehrens und Lernens systematisch theoretisch konzipiert und in Lehrproben in die Unterrichtspraxis überführt wird.

Besonderheiten im Lehramtsstudium

Generell: Ein Lehramtsstudium (an der OvGU) umfasst nicht nur das Studium zweier Fachwissenschaften, sondern obligatorisch auch das der Bildungswissenschaften. Die Magdeburger Lehrerbildung sieht sich dem Anspruch der Bildungsstandards in der Lehrerbildung (KMK 2014; 2017; 2015¹) in höchstem Maße verpflichtet, das heißt, dass

sie ein fach- und bildungswissenschaftliches Grundlagenstudium für den Lehrerberuf anbietet, das eine wissenschaftliche Theorie-Praxis Verschränkung als notwendige Implikation zeitgemäßer universitärer Lehre realisiert.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, bedarf es einer hinreichenden Ausstattung in allen vorgesehenen Ausbildungsbereichen und -phasen. Grundbaustein gelingender Lehre und Forschung bildet dabei eine auskömmliche personelle Ausstattung! Diese wurde aber in den vergangenen Jahren auf Geheiß der Landesregierung arg beschnitten, denn die Lehramtsausbildung in Magdeburg war nicht mehr gewollt.

Der besondere Stellenwert der Praktika in den Schulen

Die Fachdidaktik gehört zu jenen Stationen im Lehramtsstudium, die berufsvorbereitend die Themen der Fachwissenschaft mit denen der Unterrichtswissenschaft zusammenführt. Sie ermöglicht schon zu Studienzeiten die größtmögliche Nähe zum Fachunterricht in der jeweiligen Schulform. Diese Schärfung der Perspektive – frühzeitig „den pädagogisch-(fach-)didaktischen Blick“ zu trainieren und auf die spätere berufliche Lehrertätigkeit vorzubereiten – wird über eine spezielle Verbindung einer Theorie-Praxis-Reflexion im Lehramtsstudium an der OvGU konzeptionell angestrebt. Diese sich im Sinne einer nahen und realen Berufsvorbereitung für die Studierenden positiv gestaltende Zusammenarbeit von Schule und Uni sollte aber auch dadurch gekennzeichnet sein, dass sie eine Win-win-Situation für alle Beteiligten darstellt. Dem ist leider nicht so: Die Lehrkräfte an den Schulen erhalten von ihrem Dienstherrn für die Betreuung von Studierenden keinerlei Ausgleich für ihren Mehraufwand. Das Engagement vieler Kolleginnen und Kollegen kann nur mit Dank und Anerkennung seitens der Studierenden und Dozenten abgegolten werden.

Bedeutsamkeit der Fachdidaktik – wenig attraktive Arbeitsverträge

Bei den Studierenden ist dies ein sehr geschätzter Studienbereich, insbesondere dann, wenn die Lehrkräfte solche sind, die Berufserfahrung aus der Schulpraxis mitbringen.

Seit Jahrzehnten ist dies in der Lehrerbildung aber eher selten, die Bewerberlage auf Fachdidaktik-Stellen ist bundesweit prekär. Enormes Aufgabenspektrum und mangelnde Attraktivität des Arbeitsverhältnisses stehen sich diametral gegenüber. An der Universität einerseits: Befristung, oft halbe Stelle und Eingruppierung in Lehrer-RL-O der TdL E13, natürlich keine Verbeamtung, möglichst aber nebenbei promovieren; an der Schule andererseits: Beamtenverhältnis, also auch keine Befristung, bei vergleichbarer Eingruppierung.

In der Fachdidaktik gilt es, stets räumlich und zeitlich flexibel auf die Anforderungen insbesondere in den Praxisveranstaltungen zu reagieren, gleichzeitig jedoch die Studieninhalte und -ziele im Blick zu behalten, angebunden an Modulstrukturen eines starr wie eng vorgeschriebenen Bachelor-/Masterstudiums.

Die Konzeption der Studienabschnitte in der Fachdidaktik sieht die Nähe zur beruflichen Praxis in unterschiedlichen Formaten vor. Besonders die Schulen der Stadt Magdeburg und der nahen Umgebung werden als Studienorte gewonnen; Schulklassen stehen den Studierenden für Hospitationen und Unterrichtsversuche zur Verfügung. (Gleiches gilt für die Berufsschule, die hier aber nicht vordergründig behandelt werden soll.)

Fachdidaktiker und -didaktikerinnen richten über die eigentlichen Lehrveranstaltungen hinaus oft speziell auf die Klassen/Schulen zugeschnittene Veranstaltungen in der Universität aus oder es folgen zusätzliche Projekttag von Studierenden in den Schulen.

Diese bei den Studierenden beliebten Praxisveranstaltungen erzeugen nicht nur eine reale Verbindung zur aktuellen Schulsituation, sie schaffen eine reale Anwendungssituation für die Reflexion theoretischer Konzepte der Fachwissenschaften, einschließlich der Bildungswissenschaften. Motiviert und gestärkt gehen die meisten Studierenden aus diesen Praxisphasen heraus. Lehramtsausbildung scheint hier auf dem richtigen Weg zu sein.

Diese „im Programm vorgesehenen“, zweifelsohne erkenntnisfördernden und erweiternden Schulpraxis-Aktivitäten für die Lehramtsstudierenden – „von der Universität in die Schule und zurück“ – erfordern einen Mehraufwand, der in den Stellenbeschreibungen zwar vorkommt, jedoch kapazitär nicht ausreichend Berücksichtigung findet. Das betrifft gleichermaßen Lehrkräfte an Schulen und an Universitäten. Beispielsweise folgt im Masterstudium ein Praxis-

¹ <https://www.kmk.org/themen/allgemeinbildende-schulen/lehrkraefte/lehrerbildung.html>



→ semester, das über ein Schulhalbjahr dauert; die Dozenten und Dozentinnen der Universität betreuen dieses: Unterrichtsbesuche bzw. Hospitationen in der jeweiligen Praktikumsschule jedes einzelnen Studierenden (im gesamten Gebiet von Sachsen-Anhalt) gehören dazu. Parallel erfolgt die seminaristische Begleitveranstaltung an der Universität. Hinzu kommen weitere Lehrverpflichtungen und Aufgaben. Ein zweites Praxisseminar-Format ist jenes, bei dem die gesamte Studiengruppe an einer Schule wöchentlich Unterrichtsversuche durchführt, und dies in der Vorlesungszeit. In einzelnen Fachdidaktiken wird dieses Aufgabenspektrum von nur einer Lehrkraft abgedeckt, und dies für alle Schulformen (Lehramt Sekundarschule, Gymnasium, Berufsschule). Sowohl die theoretischen als auch fachpraktischen Ausbildungsinhalte in der Fachdidaktik vorzuhalten, erfordert eine enorme Flexibilität hinsichtlich der unterschiedlich zu bewältigenden Aufgaben. So fällt der zeitliche Rahmen zur Absolvierung der Praktika an Schulen meist in die vorlesungsfreie Zeit (Mitte Juli-September/Februar-März), die im Studienverlauf an der Universität für Prüfungen und Hausarbeiten vorgesehen ist. So werden diese vorlesungsfreien Zeiten für Lehrkräfte der Fachdidaktik zur intensiven Arbeitszeit neben der eigentlichen Lehrveranstaltungszeit. Im August oder März sind sie an Schulen unterwegs, um die Praktikumsversorgung sicher zu stellen. Das im Oktober beginnende Semester (mit Lehrveranstaltungen) kollidiert dazu in Regelmäßigkeit z.B. mit den Schul-Herbstferien in Sachsen-Anhalt. Für „Dozenten-Eltern“ wird diese Taktung im Arbeitsalltag zur Herausforderung, entsprechende Zeitfenster für Urlaub und Ferien zu finden, die weder in die Studienphase noch in die Schulzeit fallen. Ganz unzeitgemäß aber kommt die an Hochschulen gängige Praxis der befristeten Einstellung daher: Wer möchte sich hinsichtlich des vorgestellten Aufgabenportfolios in der Fachdidaktik im Stellenformat einer Lehrkraft für besondere Aufgaben oder als wissenschaftlicher Mitarbeiter befristet einstellen lassen? Noch zu ergänzen wäre hier die geforderte Forschungstätigkeit. Diese kann meist nur nebenbei in der „Freizeit“ erfolgen.

Problem Erst- und Zweitfach – Widerspruch zum Schulalltag

Die Unterteilung in Erst- und Zweitfach, die unterschiedliche Umfänge in den Lehrinhalten und Veranstaltungen vorsieht, erschwert eine Zusammenarbeit unter den Fächern. Im Studium des Erstfaches haben Studierende mehr zu leisten und zu absolvieren als im Zweitfach. Blickt man aus Schulsicht auf die wählbaren Erstfächer, fällt auf, dass Wirtschaft und Technik „Kurzfächer“ sind; die Zweitfächer Deutsch und Mathematik zählen zu den „Kern- bzw. Langfächern“. Zudem widerspricht es dem bevorstehenden tatsächlichen Einsatz der künftigen Lehrerinnen und Lehrer, wenn die Studentafel einer Gemeinschaftsschule in Sachsen-Anhalt in Klasse 9 beispielsweise vier Stunden Deutsch, aber nur eine Stunde Wirtschaft pro Woche vorsieht.

Es bleibt zu fragen, warum Studierende in einem Studium mit weniger Deutschdidaktik auskommen sollen als mit Wirtschafts- oder Technikdidaktik.

Kontinuität in der Lehramtsausbildung

All diese studienorganisatorischen und inhaltlichen Fragen müssen in entsprechenden Gremien beraten und geklärt werden. Das Zentrum für Lehrerbildung (ZLB) an der OvGU besitzt hierfür die koordinierende

Studienmöglichkeiten im Lehramt an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg im Wintersemester 2018/19

Studien-gang	Beruf und Bildung		Lehramt an allgemein-bildenden Schulen	Lehramt an berufsbildenden Schulen		
	Profil Ökonomische Bildung	Profil Technische Bildung	Start mit dem Wintersemester 2018/19	Profil Wirtschaftspädagogik	Profil Ingenieurpädagogik	
Erstfach	Wirtschaft	Technik	Mathematik	Wirtschaft und Verwaltung (berufl. Fachrichtung)	Bau-, Elektro-, Informations-, Metall-, Labor- und Prozesstechnik (berufl. Fachrichtung)	
kombinierbare Zweitfächer	Deutsch	Deutsch	Deutsch	Deutsch	Deutsch	
	Ethik	Ethik	Ethik	Ethik	Ethik	
	Mathematik	Mathematik	Physik	Mathematik	Mathematik	
	Sport	Sport	Sport	Sport	Sport	
		Sozialkunde	Sozialkunde	Sozialkunde	Sozialkunde	
		Physik (ab 2018/19)		Informatik	Informatik	
					Physik (ab 2018/19)	
Abschluss: Bachelor of Science, Regelstudienzeit 3 Jahre						
Studien-gang	Lehramt an Sekundarschulen und Gymnasien			Lehramt an berufsbildenden Schulen		
Erstfach	Wirtschaft	Technik	Mathematik	Wirtschaft und Verwaltung	Bau-, Elektro-, Informations-, Metall-, Labor- und Prozesstechnik	Gesundheit und Pflege (berufl. Fachrichtung)
Zweitfach	Zweifach (s.o.)	Zweifach (s.o.)	Zweifach (s.o.)	Zweifach oder weitere berufliche Fachrichtung		Zweifach
						Pflege (berufl. Fachrichtung)
						Zweifach
Abschluss: Master of Education, Regelstudienzeit 2 Jahre						

Funktion. Seine fächerübergreifenden Ordnungs- und Verwaltungsaufgaben benötigten jedoch mehr Kontinuität, denn auch in diesem Bereich sind kurzzeitige Stellenbesetzungen (z.B. Projektstellen) die Regel. Das hohe Engagement einzelner befristeter Beschäftigter kann diesen systemischen Fehler nicht ausgleichen.

Universitäre Lehrer(aus-)bildung muss eine kontinuierliche Personalstruktur bereithalten, die mit auskömmlichen Kapazitäten ausgestattet ist. Sie sollte den ständig wechselnden Praxispartnern und dem Praxisbedarf in den Schulen gerecht werden, damit nachhaltige Kooperationen, besonders mit den Mentorinnen und Mentoren der Schulen, entwickelt werden können. Eine verlässliche und gelingende Zusammenarbeit zwischen Universität und Schule kommt den einzelnen Studierenden in ihrer Praxisphase zugute, denn: am „Studierort“ Schule wird das Studium zur „Ausbildung“. Diesem Faktum sollte endlich entsprochen werden: Ein zeitgemäßes praxisorientiertes Studium erfordert erhöhte Lehrkapazitäten und eine moderne Ausstattung mit Sachmitteln.

Doch fehlt es nach wie vor an Signalen und Maßnahmen seitens des Wissenschafts- und des Bildungsministeriums, die der Lehramtsausbildung an der Otto-von-Guericke-Universität in Magdeburg verlässlichere Entwicklungsräume ermöglichen.

Dr. Ursula Föllner ist als Wissenschaftliche Mitarbeiterin für Germanistische Sprachwissenschaft an der OvGU tätig, Katrin Nodorf arbeitet als Wissenschaftliche Mitarbeiterin für Fachdidaktik und Erziehungswissenschaften an der OvGU.

Studie zum Kita-Ausbau: Mehr Investitionen in Qualität notwendig

(EuW) Folgt man der jüngst vorliegenden Studie der Bertelsmann Stiftung, verbesserte sich in den letzten Jahren die Qualität der frühkindlichen Betreuung. Allerdings bestehen weiterhin enorme Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern. Für die GEW kommen diese Befunde nicht überraschend. Die deutlichen Unterschiede bei der Personalausstattung der Kindertageseinrichtungen zwischen Ost und West können nur durch spürbar mehr Investitionen verringert werden. Inwieweit das Ende September vorgestellte Gute-Kita-Gesetz des Bundes hier zu einem Abbau der Defizite beitragen kann, bleibt abzuwarten.

Nach Angaben der Studie kamen im Osten 2012 noch 6,4 Kinder auf eine Krippenfach-

kraft, im Westen hingegen 3,9. Fünf Jahre später waren es in den neuen Bundesländern durchschnittlich sechs Kinder, im Westen 3,6. Nicht anders sieht es in den Kindergärten aus: Während in Ostdeutschland im Jahr 2012 rechnerisch 12,8 Kinder auf eine Erzieherin kamen, waren es im Westen 9,2 Kinder. Fünf Jahre später waren es im Osten 11,9 und im Westen 8,4 Kindergartenkinder. Die Zahlen müssen allerdings vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass in Ostdeutschland traditionell deutlich mehr Kinder unter drei Jahren in Krippen betreut werden.

In Sachsen-Anhalt liegen die Zahlen momentan bei 5,8 in den Krippen und bei 11,1 in den Kindergärten. Demnach sind in den letzten Jahren erste Verbesserungen auf den Weg gebracht worden. Die weiterhin bestehenden deutlichen Unterschiede können aber auch durch die größten Anstrengungen der Beschäftigten in den östlichen Bundesländern nicht wettgemacht werden. Sie wirken sich mindestens mittelbar auf die Qualität der Betreuung aus.

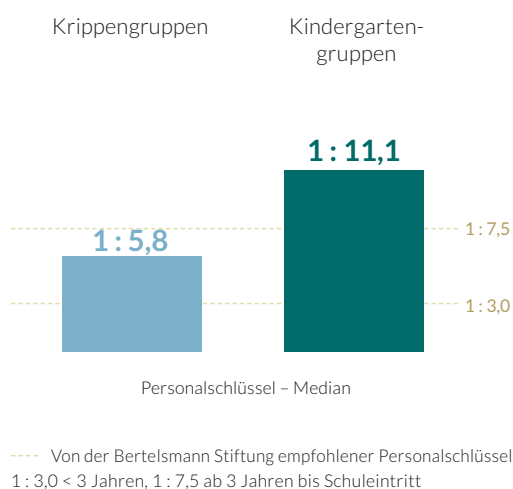
Die Vorsitzende der GEW Sachsen-Anhalt, Eva Gerth, betonte den nach wie vor existierenden Handlungsbedarf: „Trotz leichter Verbesserungen der Erzieher-Kind-Relation bleiben in Sachsen-Anhalt die Probleme bestehen. Auch der Entwurf des neuen Kinderförderungsgesetzes und die darin enthaltenen Mehrausgaben des Landes werden die Situation nicht in der erforderlichen Deutlichkeit verbessern.“ Das Land legt seinen Fokus bei den Investitionen sehr auf die Beitragsfreiheit für die Betreuung. Es wäre aber mindestens ebenso nötig, Geld in die Qualitätsentwicklung fließen zu lassen.

Wenn eine angemessene Leitungsausstattung und ein kindgerechter Personalschlüssel auch in Sachsen-Anhalt erreicht werden sollen, sieht die Studie einen jährlichen finanziellen



Mehrbedarf von knapp 400 Millionen Euro auf das Land zukommen. Die Modalitäten der geplanten Unterstützung des Bundes sind unsicher. Zudem ist sie durch die zeitliche Begrenzung nicht nachhaltig. „Das geplante Kita-Qualitätsgesetz muss aber dazu beitragen, dass dauerhafte und auskömmliche Perspektiven einer Finanzbeteiligung des Bundes gewährleistet werden. Das wird mit dem derzeit vorliegenden Gesetzentwurf leider nicht erreicht,“ warb Gerth für eine langfristige Lösung in den Absprachen zwischen Bund und Ländern.

Personalschlüssel



Qualitätsausbau im Rahmen des „Qualitätsentwicklungsgesetzes“

Zusätzlicher Bedarf

für eine angemessene Leitungsausstattung*

■ **56 Mio. Euro pro Jahr**
(933 rechnerische Vollzeitstellen)

für kindgerechte Personalschlüssel
in Kindergartengruppen

■ **143 Mio. Euro pro Jahr**
(3.074 rechnerische Vollzeitstellen)

für kindgerechte Personalschlüssel
in Krippengruppen

■ **251 Mio. Euro pro Jahr**
(5.395 rechnerische Vollzeitstellen)



Finanzbeteiligung des Bundes

nach Empfehlung der Bertelsmann Stiftung**

■ **58 Mio. Euro pro Jahr**
für 2021 und 2022

Finanzierungslücke

■ **392 Mio. Euro pro Jahr**
für 2021 und 2022

* Für eine angemessene Leitungsausstattung empfiehlt die Bertelsmann Stiftung, jeder Einrichtung eine Grundausstattung von 20 Wochenstunden plus 0,35 Wochenstunden pro rechnerisch ganztags betreutem Kind (Ganztagsbetreuungsäquivalent) zur Verfügung zu stellen.

** Im Referentenentwurf des „Qualitätsentwicklungsgesetzes“ sind für den bundesweiten Qualitätsausbau in 2021 und 2022 je 1,985 Milliarden Euro vorgesehen. Diese Bundesfinanzmittel bilden die Basis für den ausgewiesenen Anteil je Bundesland. Dieser sollte sich nach Empfehlung der Bertelsmann Stiftung an der Anzahl der Kinder unter 6 Jahren in Kindertagesbetreuung (01.03.2017) bemessen.

Abweichungen von Gesamtsummen sind rundungsbedingt. Quelle: Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme 2018, www.laendermonitor.de.

Kinder- und Jugendliteratur-Tipp: Haselnusstage

Emmanuel Bourdier, ZAÜ (Ill.) ; Haselnusstage; minedition 2017; ISBN: 978-3-86566-323-8; Preis: 14,95 €, 40 Seiten; Altersempfehlung: ab 5 Jahre

Es ist 14 Uhr und Papa hat heute das falsche Parfüm aufgelegt. Pfefferminze riecht nach Toilettenspülung, Haselnuss findet der Ich-Erzähler – offensichtlich ein Junge – besser. Dann berichtet er von seinem Vater, seinen Muskeln, seinen Haaren auf dem Rücken. Er hat besondere Namen für den Vater, geheimnisvolle Namen wie Leermacher, Nebelfabrikant und Schimpfwortfinder. Später möchte er mal unbedingt wie Papa werden, aber die Liebe ist nicht ungetrübt. Etwas Ungesagtes und Unbestimmtes schwingt mit in den kurzen Texten, das immer mal greifbar wird, z.B. als der Vater mit Blick auf das Zeugnis des Jungen böse wird. Gleichzeitig macht der Vater im Park auch einen Vogel nach, zeigt sich sensibel gegenüber der Natur und seiner Umwelt.

In den Bildern setzt sich das ambivalente Bild fort. Unbestimmt sind die Kohle- und Kreidezeichnungen, grafisch und dunkel, und nur ausschnitthaft zeigen sie die Protagonisten des Buches, die in Nahaufnahmen und angeschnitten Motiven oft nur teilweise zu erkennen sind. Aber gerade in den poetischen Texten und den unbestimmten Bildern entsteht eine Spannung und Tiefe, die andeutet, was unmittelbar vermutlich gar nicht aussprechbar wäre. Denn erst am Schluss wird deutlich, dass die Gegenwart des Erzählers ein Gefängnisbesuch ist und der Vater offensichtlich einsitzt. Konkret benannt wird es nicht, doch ergeben die vielen Andeutungen und die widersprüchlichen Beschreibungen und Gefühle des Jungen plötzlich einen Sinn. Das Bild setzt sich wie ein Mosaik zusammen und es passt, dass der Vater viele Facetten einer Persönlichkeit aufweist, die bei aller Härte unbedingt geliebt werden muss.

Meisterhaft setzen Emmanuel Bourdier und ZAÜ dieses schwierige Thema in Bild und Text um, immer unbestimmt und offen für Vorstellungen und Widersprüche. Gerade deshalb wirkt das Buch so anrührend und glaubwürdig, weil es die Probleme eröffnet und Imaginationsräume schafft, statt schnell und oberflächlich zu glätten und zu erklären. Meisterhaft gestaltet in Bild und Text – unbedingt zu empfehlen!

Prof. Dr. Michael Ritter



© Henry Kilz



GEW-Seniorengruppe Funke, Halle: Veranstaltungen 2018/19

- 04.10.2018** 09.00 Uhr ab Hallmarkt zur Besichtigung von Stadt und Schloss Mansfeld (v: R. Stolfa)
- 01.11.2018** 14.30 Uhr Einladung in die Bahnhofsmmission mit Kaffeetrinken – Sachspenden können mitgebracht werden (v: E. Funke)
- 14.12.2018** 15.00 Uhr Pavillon-Konzert im Steintor (v: H. Hartwig)
- 10.01.2019** Spaziergang durch die Große Märkerstraße mit Führung im Stadtmuseum und Kaffeetrinken (v: E. Funke)
- 07.02.2019** 14.30 Bowling im „Quo Vadis“ mit Kurzvideos und Kaffeetrinken (v: R. Gäde)
- März 2019** Besuch im Landtag und Gesprächsrunde mit Thomas Lippmann (v: R. Stolfa)
- 04.04.2019** Besuch der Museumsgarage in der Pfännerhöhe (v: H. Hartmann)
- 02.05.2019** Wanderung auf der Hafentrasse mit Minigolf (v: A. Reikittke)
- Juni 2019** Fahrt mit Polster und Pohl (v: K. Legler)

Exklusive GEW-Vorpremiere in Halle: „Der Trafikant“ am 28. Oktober

Die GEW Sachsen-Anhalt lädt Lehrkräfte und Interessierte am Sonntag, dem 28. Oktober 2018, um 11 Uhr zur Vorpremiere des Films „Der Trafikant“ in das Hallenser CinemaxX-Kino (Charlottenstraße 8) ein.

Dem Film von Regisseur Nikolaus Leytner liegt der gleichnamige Roman des österreichischen Schriftstellers Robert Seethaler zugrunde. Darin verlässt der 17-jährige Franz Huchel vor Beginn des zweiten Weltkrieges sein Heimatdorf, um in Wien bei dem Trafikanten Otto Trsnjek in die Lehre zu gehen. Zu den Stammkunden dieses Kriegsinvaliden aus dem Ersten Weltkrieg zählt Sigmund Freud, der Begründer der Psychoanalyse. Franz ist in die junge böhmische Varietätänzerin Anezka verliebt und sucht bei Sigmund Freud Rat. Dem ist allerdings das weibliche Geschlecht ebenfalls ein Rätsel. Vor dem Hintergrund des „Anschlusses“ Österreichs an Deutschland im Nationalsozialismus entwickelt sich eine ungewöhnliche Freundschaft zwischen dem jungen Franz und dem 82-jährigen Freud, der Österreich am 4. Juni 1938 verlässt und nach London emigriert. Franz wird zum Zeitzeugen des Hitler-Faschismus in Wien.

Der Film ist damit insbesondere für Lehrkräfte der Fächer Deutsch, Sozialkunde und Geschichte interessant. Für Mitglieder der GEW Sachsen-Anhalt, einschließlich jeweils einer weiteren Person, ist diese Vorführung im Rahmen einer exklusiven Sonntags-Matinee kostenfrei.

Anmeldungen bitte bis 22. Oktober; dafür genügt eine E-Mail mit der Angabe des Namens des GEW-Mitglieds und der Personenzahl (max. zwei Personen) an kino@gew-sachsenanhalt.net oder ein Anruf im GEW-Regionalbüro unter 0345 204080. Die Anmeldung setzt die Einwilligung zur Weitergabe der Namen an das Kino für diese Veranstaltung voraus.



Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg, Tel.: 0391 7355430, Fax: 0391 7313405, E-Mail: info@gew-sachsenanhalt.net, www.gew-sachsenanhalt.net
Vorsitzende: Eva Gerth
Verantwortlich: Geschäftsführung der GEW Sachsen-Anhalt

Redaktion: Rolf Hamm, Eberhard Heidecke, Prof. Dr. Hans-Dieter Klein (verantw.), Helgard Lange, Karin Legler, Alexander Pistorius, Bärbel Riethausen, Andrea Trojahn
Postanschrift der Redaktion: GEW Sachsen-Anhalt, Redaktion EuW, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg

Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt (EuW) erscheint monatlich (Doppelausgabe in den Sommerferien). Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 7,20 € zuzügl. 11,30 € Zustellgebühr (einschl. MwSt.).

Redaktionsschluss ist der 10. des Vormonats. Später eingehende Manuskripte können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden. Grundsätzlich behält sich die Redaktion bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung: Stamm Verlag GmbH, Goldammerweg 16, 45134 Essen, Tel.: 0201 84300-0, Fax: 0201 472590, E-Mail: anzeigen@stamm.de, www.erziehungundwissenschaft.de; verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller; gültige Preisliste Nr. 11 vom 1. Januar 2017; Anzeigenschluss ca. am 5. des Vormonats.

Gesamtherstellung: SW-Kommunikation: Thomas Westermann, Bahnhofstr. 21, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928 847162, www.sw-kommunikation.net, und Partner



schulfahrt.de
Klasse Reisen.

Klasse Reisen. Weltweit.

Klassenfahrten-Reisefinder mit BUDGETPLANER

Holen Sie das Maximale aus einem vorgegebenen Reisebudget.

- ♦ Teilnehmerzahl, Budget, Wunschdatum eingeben
- ♦ sofort Preis für alle Saisonzeiten erfahren!
- ♦ Rundum-Sorglos-Paket für Kursfahrten, Studienreisen ...

Tausende Schüler & Lehrer buchen immer wieder – weil es sich lohnt!

Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2
01744 Dippoldiswalde

Telefon: 0 35 04/64 33-0
© Service-Center Frankfurt:
069/96 75 84 17

www.schulfahrt.de



Neues Konto? Neue Adresse? Neues Gehalt? Neue Arbeitsstelle?

Bis zu 10 Euro berechnen Banken, wenn eine Lastschrift nicht eingelöst werden kann, weil der Inhaber umgezogen ist, sich seine Kontonummer/Bankverbindung geändert hat ... Bitte helfen Sie Ihrer Gewerkschaft unnötige Kosten zu sparen und senden Sie bei Veränderungen sofort diesen Abschnitt an: GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg, Fax: 0391 7313405.

Änderungsmeldung:

Name, Vorname:

Kreisverband:

Mitglieds-Nr.: Geb.-Dat.:

Anschrift:

Telefon:

Bankverbindung:

Kontoinhaber:

IBAN

Dienststelle/Einrichtung (Name, Straße, PLZ, Ort):

Tätigkeitsbereich:

Vergütung nach TVL (Entgeltgruppe Stufe seit)

Vergütung nach TVöD (Entgeltgruppe Stufe seit)

Vergütung nach SuE (S-Gruppe Stufe seit)

Beamte (Besoldungsgruppe Stufe seit)

Bruttoeinkommen:
(bei Rentnern und Mitgliedern in privaten Einrichtungen
Angabe des Bruttoeinkommens)

Altersteilzeit: (Beschäftigungsumfang/Anzahl der Stunden
pro Woche vor Beginn der Altersteilzeit)

Arbeitszeit: (Beschäftigungsumfang/Anzahl der Stunden
pro Woche)

GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg
Postvertriebsstück, Deutsche Post AG, „Entgelt bezahlt“, K 6549

Vermasselt

In Deutschland ist eine neue Krankheit diagnostiziert worden: die Maaßenhysterie. Presse, Funk und Fernsehen haben sich bereits angesteckt. Deshalb spricht man auch von Maaßenmedien. Sie produzieren maaßenweise Artikel darüber. Maaßenartikel, sozusagen, welche die Volksmaaßen in eine Maaßenhypnose versetzen. Wie konnte es dazu kommen?

Alles begann damit, als der Hans-Georg aus der Maaßenorganisation Verfassungsschutz entlassen wurde, weil er sich erwiesenermaaßen dort weniger als Präsident hervortat, sondern eher als Präservativ. Er verhütete mehrfach die Aufklärung von rechtsextremen und terroristischen Straftaten, als dass er Erkenntnisse darüber präsentierte. Seine V-Männer, also Verdunklungsmänner, sollen sowohl beim Nationalsozialistischen Untergrund als auch beim Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt maaßengeblich beteiligt gewesen sein. Doch darüber log er, dass

freute und den Hans-Georg gleich ein Maaßenquartier als Staatssekretär anbot und sein Gehalt nicht unmaaßengeblich um rund 3000 Euro erhöhte. Befürchtungen lassen vermuten, dass es sich dabei vielleicht mehr um eine Art Schweigegeld handeln könnte, damit der Hans-Georg sein maaßenhaftes Wissen über gewisse Vorgänge nicht auspackt.

Jedenfalls behaupten jetzt viele, dieser Vorgang hätte ein Geschmäckle. Ich halte ihn eher für geschmacklos.

Horst Seehofer aber ist dermaaßen von seinem neuen Staatssekretär begeistert, weil er ihn für seine Lieblingssportart „Hau die Änschie!“ gut benutzen kann. Jemanden, der sich gegen die Kanzlerin stellt, in sein Ministerium zu holen, das ist ja, wie wenn Erich Honecker dunemals Wolf Biermann nicht ausgebürgert, sondern zum Sekretär für

Agitation und Propaganda

Nachschlag

sich
die Balken
der Buden
auf dem
Markt
noch heute
biegen.

Als er aber nun der Kanzlerin unterstellte, sie würde über die Übergriffe der rechtsextremen Szene in Chemnitz Falschaussagen verbreiten, wurde der Hans-Georg nun endlich aus seinem Amt als Verfassungspräsident befördert. Und zwar in einen Fahrstuhl. Aber nicht den zum politischen Schafott, sondern zum demokratischen Bankrott. Der Fahrstuhl erwies sich nämlich zum Maaßenbeförderungsmittel nach oben und hielt in der Chefetage von Horst Seehofer, der sich über alle Maaßen

gemacht hätte.

Übrigens die Fahrstuhlführerin für Maaßens Fahrstuhl hieß Andrea Nahles. Nachdem aber nun, damit der Maaßen Platz hat, ein SPD-Staatssekretär seinen Stuhl räumen soll, behauptete sie, sie hätte sich verdrückt. Leider hat sie das noch nicht.

Sie sollte aber langsam daran denken.

Der Beitrag wurde auch bei MDR Sachsen-Anhalt gesendet.

Hans-Günther Pölit

